

# Breslauer Zeitung.



# 3 e i t u n g .

Vierteljähriger Abonnementenpreis in Breslau 2 Thlr. außerhalb inel.  
Postz. 2 Thlr. 11 1/2 Sgr. Unterlassungsgebühr für den Raum einer  
fünfteljährigen Zeile in Postchrift 1 1/2 Sgr.

Edition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernommen alle Post-  
Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag  
einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 129. Morgen-Ausgabe.

Berlag von Eduard Trewendt.

Sonntag, den 17. März 1861.

## Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.

Berliner Börse vom 16. März. Nachmittags 2 Uhr. (Angelommen 3 Uhr 10 Min.) Staatschuldabschleife 87 1/2%. Prämienanleihe 117 1/2% B. Neuem Anteile 106%. Schles. Bank-Verein 80. Oberösterreichische Litt. A. 124. Oberösterreich. Litt. B. 111 1/2% B. Freiburger 96 1/2%. Wilhelmshafen 37 B. Reichsbrieger 51%. Tarnowitzer 35%. Wien 2 Monate 67. Österreich. Credit-Aktien 54 1/2% B. Deut. National-Antleihe 51 1/2%. Deut. Lotterie-Antleihe 54 1/2% B. Österreich. Staats-Eisenbahn-Aktien 128. Österreich. Banknoten 67%. Darmstadt 72. Commandit-Antleihe 83 1/2%. Köln-Minden 135 1/2%. Altmärkische Aktien 80%. Deutauer Banknoten 13%. Mecklenburger 47 1/2% B. Friedrich-Wilhelms-Nordbahn 44 1/2%. — Angenommen. Wien, 16. März. Mittags 12 Uhr 30 Min. Credit-Aktien 164, 20. National-Antleihe 76, 40. London 147, —. (Bresl. Höls.-Bl.) Berlin, 16. März. Roggen: Flau. März 45, Frühjahr 43. Mai-Juni 45%. Juni-Juli 46%. — Spiritus: Gewichen. März-April 20%. April-May 20%. Mai-Juni 20%. Juni-Juli 20%. — Mühl: Flau. April-May 10 1/2%. Sept.-Oktober 11 1/2%.

## Die Armenpflege und der Notstand in Oberschlesien.

Dem einmütigen Streben der Behörden und Privaten, welche durch Arbeitsgewährung der nothleidenden oberschlesischen Bevölkerung die Mittel an die Hand geben, sich die nothwendigsten Subsistenzmittel zu verschaffen, dürfte es gelingen, weiterem Umstichgreifen des Notstands vorzubeugen. Billige Getreidepreise und ein gelinder Winter haben, wie schon einmal gesagt, dazu mit beigetragen, daß ähnliche Erlebnisse, wie im Jahre 1847 sich in Oberschlesien nicht wiederholen werden. Wir erkennen die Fürsorge der Regierung an, welche schon vor Beginn des Winters durch sorgfältige Erfundungen von der wahren Sachlage des Nährzustandes der Bevölkerung in Kenntnis gesetzt worden ist; wir zollen dem Streben bereitwilligster Hilfeleistung, wenngleich mit der Art derselben nicht im Einverständniß, vollen Beifall, wir können uns aber nicht verhehlen, daß alle diese Anstrengungen und materiellen Unterstützungen wohl momentan, nicht aber für die Dauer eine so oft wiederkehrende Kalamität zu beheben vermögen. So lange dem Ackerbau treibenden nicht die Mittel dargeboten werden, seinen Acker unterirdisch zu entwässern, so lange bleibt er der Gefahr ausgesetzt, durch eine einzige anhaltende Regenperiode um seine ganzen Erntehoffnungen gebracht zu werden; die Regierung aber schwert von Jahr zu Jahr in der Besorgniß für die Wiederkehr des Notzustandes, welcher auf den größeren Grundbesitz ebenfalls äußerst nachtheilig zurückwirkt, weil dieser in Folge unserer Armenpflege-Gesetzgebung zur Steuerung der Not durch außerordentliche Hilfeleistung belastet wird und die Nachtheile mäthiger Arbeitsleistung bei gleich hohen Lohnsägen mit zu erdulden hat. Der große Grundbesitzer wird hierdurch über alle Maßen benachtheilt und zur gemeinschaftlichen Leistung der Armenunterstützung mit der Gemeinde verbunden, ist ihm und der Gemeinde vermöge unserer Gesetzgebung nicht einmal die Macht gegeben, der Vermehrung der Armut in seinem Ortsverbande vorzubeugen. —

In früherer Zeit bestand fast die ganze Dorfgemeinde aus dienstpflichtigen Robotgärtnern, deren Hand- und Geißankraft dem Gutsherrn zu Gute kam, welchem schon deshalb die moralische Verpflichtung oblag, für das materielle Wohl seiner dienstpflichtigen Ortsangehörigen Sorge zu tragen, während jetzt nach vollständiger Ablösung aller Servituten auch sein Verhältniß zur Gemeinde ein ganz anderes, ihn durchaus nicht verpflichtendes geworden ist. Demungeachtet hat nach dieser Seite hin das Armgesezt keine Veränderung erlitten. Die man gehaftete Armenpflege aber ist mit als die Ursache der sich immer mehr verbreitenden Verarmung des kleinen Grundbesitzers zu betrachten. Da die Mängel dieses Zweiges unserer Gesetzgebung nur leider gar zu oft hervortreten und zu lauten Klagen des Grundbesitzers führen, wollen wir an dieser Stelle die Armenpflege in Schlesien in den Kreis unserer Betrachtung ziehen. Nirgends wird die Last der Armenpflege fühlbarer, als auf dem Lande, wo es an den zur Unterbringung Hilfsbedürftiger wohltätigen Instituten fehlt. Das Maß der Unterstützung kann dort nie fest normirt werden, weil nach § 1 des Gesetzes über die Aufnahme neu anziehender Personen vom 31. Dezember 1842 keinem preußischen selbständigen Unterthan an dem Orte, wo er eine eigene Wohnung oder ein Unterkommen sich selbst zu verschaffen im Stande ist, der Aufenthalt verweigert oder durch lästige Bedingungen erschwert werden kann. Es gab eine Zeit, wo Oberschlesiens Hüttenindustrie die besten Arbeitskräfte den Landbaudreibenden entzog, und wegen Arbeitermangel noch außerdem von auswärts, namentlich von Polen her, die Arbeiter zur Niederlassung verlockte. Selbstredend konnte den Industriellen eine Beschränkung in der Zahl der zu verwendenden Kräfte nicht auferlegt werden. Die mächtige Zunahme der Bergwerks-Industrie eines sehr geringen Zeitraums verhieuerte die ländlichen Arbeitslöste, selbst den einzelnen Industriezweigen, niewohl eine glückliche Conjuratur die Höhe der Lohnsätze außer Ansatz kommen ließ, sie verhieute die Lohnsätze dem ländlichen Grundbesitzer aber zu einem abnormen Verhältnisse, gegenüber den unverändert gebliebenen Bodenenträgen, und als die Industrien urplötzlich ins Stocken gerieten, führte sie den Grundbesitzern ein Proletariat zu, welches nicht einmal für die ländliche Arbeit zu verwenden ist. Das zusammenlaufende Gesindel vertheilte sich nun auf die verschiedenen Ortschaften, welche ihrer Niederlassung kein Hinderniß in den Weg legen konnten, und belästigten die Armen- und Krankenpflege-Fonds zu Ungunsten der anderen Unterstützungsbedürftigen. Wenn nun also auf der einen Seite die Armut des Bodens den Grundbesitz nicht zu kräften kommen läßt, so ist auf der anderen Seite die vermehrte Armenpflege mit Veranlassung, daß die wenigen Vermittelten, weil sie die Eindringlinge und Ortsarmen in Zeiten der Not so zu sagen mit durchzuschleppen haben, immer mehr und mehr in ihren Vermögensverhältnissen zurückkommen. Daher übt denn auch ein Notzahr, wie das jegige, durch die außerordentliche Belastung der kleinen Grundbesitzer behufs der Armenpflege auf viele Jahre hinaus indirekten Nachtheil aus.

Bald nach Occupation Schlesiens erließ Friedrich der Große ein Edikt de dato Berlin den 14. Dezember 1747, wonach eine geregelte Unterstützung der Armen angeordnet ward. Dasselbe verordnete, daß Diejenigen, die durch Loskaufung von der Unterthänigkeit einer gewissen Grundherrschaft aus dem ihnen ursprünglich als glebae adscripti angehangenen Domizil getreten sind, die Armenverpflegung von dem Orte (Verbande der Gutsverherrschung und Gemeinde) zu erhalten haben, wo sie in den letzten zehn Jahren vor ihrer Hilfsbedürftigkeit sich aufgehalten haben. Im gleichen durfte nach demselben Edikt an einem Orte Niemand ohne ausdrücklichen Consens der Obrigkeit aufgenommen wer-

den, und dieser war es zur Pflicht gemacht, die Genehmigung zur Aufnahme von dem Nachweise des früheren Verhaltens und des künftigen Unterhalts abhängig zu machen. Die Arbeitsfähigkeit allein genügte daher zur Niederlassung an einem Orte nicht.

Diese wohltätigen Bestimmungen der Provinzial-Beschaffung hinsichtlich der Armenpflege sind durch die Gesetze vom 31. Dezbr. 1842 leider beseitigt worden, und wenn auch die Niederlassungsfrage zu den schwer zu lösenden gehört, so dürfte wohl hauptsächlich dieselben unverkennbar dargelegten Nebenständen, welche auf den Nothstand so wesentlich mit infiuiren, von unseren Gesetzgebern die höchste Aufmerksamkeit zugewendet werden! Was von Oberschlesien gilt, trifft freilich auch in dieser Hinsicht ganz Schlesien. Die Armenbelastung in der übrigen Provinz ist aber eine mehr gleichmäßige, weil nicht auf einmal eine derartige Zunahme der Bevölkerung durch neuentstandene Industrien stattfinden kann, außerdem aber die Produktivität des Bodens zu Naturalabgaben für die Ortsarmen animirt, welche sich dem Grundbesitzer weniger fühlbar machen.')

Wir kommen daher immer wieder darauf zurück, daß der Grund und Boden das entscheidende Moment für den Nährstand einer Bevölkerung abgibt. Die Steigerung seiner Produktivität befähigt seine Bewohner zu größeren Opfern und macht selbst die Nachtheile der Armenpflege weniger fühlbar. In Oberschlesien ist die materielle Bedrängnis leider gerade beim kleinen Grundbesitzer am größten, weil derselbe größere Pflichten für Haus und Hof zu erfüllen hat. Der Arbeiter, um zu Brot zu kommen, kann auswandern nach Orten, wo Verdienst ist. Dem bedrängten kleinen Grundbesitzer nützt der Chausseebau weniger, weil seine persönliche Thätigkeit im eigenen Haushalte in Anspruch genommen wird. Von den Vektoranten in den Hüttendistrikten kann selbstredend hier nicht die Rede sein, weil diese zu Gunsten des Fuhrwesens ihren Ackerbau unbeschadet ihres materiellen Wohles ver nachlässigen.

Refumiren wir alles bisher über den Notstand in Schlesien Gesagte, so wirken verschiedene Faktoren darauf ein, ihn immer wieder zu Tage treten zu lassen; dazu gehören die Stockung der Berg- und Hütten-Industrie, der Indifferenzismus oder vielmehr die Unmündigkeit der kleinen Ackerbau treibenden, ihre mangelfahe Betreibung des Feldbaues, die Trunksucht des Arbeiters und sein angeborener Hang zur Unthätigkeit, die Nässe des Untergrundes eines soweit sehr produktiven Bodens mit ihren Folgen forwährend mißlicher Erträge, die Mängel der Gesetzgebung in Betreff der Armenpflege!

Nur durch Aufdeckung der Ursachen eines Leidens gelangen wir zu den Hilfsmitteln zu deren Beseitigung.

Wie vieles geschieht muss, um Oberschlesien in ein gleiches Niveau mit den übrigen Landesteilen unseres Vaterlandes betreffs der Nationalwohlfahrt zu bringen, ist aus dem Gesagten ersichtlich.

Möchte nun auch wirklich geholfen, unsere Absicht aber nicht verkannt werden, durch Aufdeckung der vormalgenden Gebrechen die anzuwendende Hilfe auf eine richtige Bahn zu lenken, zum Wefen einer armen, durch Not so schwer beimgesuchten Bevölkerung. W. J. \*) Wir haben hier zu bemerken, daß unserer Ansicht nach der richtigere Weg wäre: Die Armgeseztung dem Prinzip der Freizügigkeit anzupassen, anstatt diese zu Gunsten der zurückgebliebenen Armgeseztung zu beschränken.

Die Red.

## Preußen. Landtag.

### K. C. 26. Sitzung des Hauses der Abgeordneten.

Präsident Simon eröffnet die Sitzung gleich nach 11 Uhr. Am Ministerische: v. d. Heydt, Graf Schwerin, v. Bernuth und mehrere Regierungs-Commissionen. Abg. Schulze (Delitzsch) ist in das Haus eingetreten; er hat seinen Platz in der Nähe der Abg. v. Hoover und Behrend u. eingenommen.

Der Handelsminister überreicht nachstehende Gesetz-Entwürfe:

1) betreffend die Errichtung gewerblicher Anlagen. Der Gesetz-Entwurf beabsichtigt, so fügt der Minister hinzu, in den Concessionen für gewerbliche Anlagen eine Veränderung einzutreten zu lassen, und sodann eine erhebliche Erleichterung in denjenigen Formen herbeizuführen, welche der polizeilichen Genehmigung solcher Anlagen vorherzugehen haben. Insbesondere beabsichtigt der Entwurf von der polizeilichen Genehmigung auszuschließen: die Branttwinebrennereien, Bierbrauereien, Malzdarren, Spiegel-Fabriken und Metallgießereien; hinzu sollen nach dem Entwurf: Anlagen zur Bereitung von Braunktoblenz unter gewissen Bedingungen. Der Entwurf beabsichtigt sodann, die Dampfmaschinen von diesem Verfahren auszuschließen und dasselbe nur für Dampffessel beizubehalten.

3) Gesetz-Entwurf, betreffend einige Abänderungen der Bestimmung der allgemeinen Gewerbe-Ordnung. Dieser Entwurf beabsichtigt zunächst für Ausländer, welche in Preußen sich zum Gewerbe anmelden, die bisher nötige Genehmigung des Handelsministers nicht weiter zu erfordern, sondern nur für fremde Corporationen das Bedürfniß einer Genehmigung einzutreten zu lassen. Sodann will der Entwurf eine Reihe von Gewerben von der polizeilichen Concession nicht weiter abhängig machen, namentlich: Schlosser, den Handel mit Schießpulver und die Vermittlung und Übernahme von Aufträgen zur Anfertigung schriftlicher Aufsätze für Andere, Agenten für Versicherungs-Gesellschaften mit einbezogen. Sodann sollen für diejenigen, für welche die Concession noch als nothwendig erachtet wird, nur die Zulassungsfähigkeit, nicht mehr die Unbefreitheit maßgebend sein, und endlich ist in dem Concessionsentzichungs-Verfahren ein anderer Weg vorgeschlagen, welcher sich dem Verfahren bei dem Disciplinarhofe für nicht richterliche Beamte anschließt; es soll den Verhuldeten gestattet sein, sich persönlich zu verteidigen, und soweit den betreffenden Gewerben eine Art achtlichen Charaters beinhaltet, solle die Concessionsentzichung nur durch den Richter erfolgen können.

3) hat die Regierung eine Information darüber veranlaßt, ob und welche Aenderungen der Gewerbe-Ordnung in Beziehung auf den handwerksmäßigen Gewerbezettel notwendig ist. Es sind darüber Berichte von Magistraten und Regierungen eingefordert, welche dem Hause vorgelegt werden und das Material zur Beurtheilung der Stimmung geben werden, welche in vielen Theilen der Monarchie besteht. Die überwiegende Mehrzahl der Berichte legt Wert darauf, daß die Innungen, welche sich meist wohltätig bewährt haben, nicht zwangsläufig abgeschafft werden. Was die Prüfung betrifft, so wird in den meisten Berichten angeführt, daß sie wesentlich zur Hebung des Handwerkerstandes beigetragen haben, und wenn in mancher Beziehung auch abweichende Meinungen hervorgetreten sind, so hat dennoch nach Lage der Sache die Regierung ein Bedürfniß zur Änderung der Bestimmungen nicht anzuerkennen vermocht. Sie wird diese wichtige Angelegenheit, bei welcher die Wünsche des Handwerkerstandes nicht überdrückt bleiben dürfen, in Auge behalten und der Angelegenheit nach allen Richtungen hin ihre Aufmerksamkeit schenken. Die Regierung hat deshalb die Form einer Novelle gewählt, um die Wohlthat der Vorlage nicht länger aufzuhalten.

Auf Vorschlag des Abg. Reichenheim werden diese Vorlagen der durch

7 Mitglieder verstärkten Commission für Handel und Gewerbe überwiesen.

Hierauf überreicht der Justizminister v. Bernuth drei Gesetz-Entwürfe: 1) betreffend die Erweiterung des Rechtsweges (Beifall); 2) betreffend einige Abänderungen und Ergänzungen des Gesetzes vom 12. März 1842, wegen Zulassung des Rechtsweges gegen polizeiliche Verfügungen, und 3) betreffend die richterliche Verfolgung von Beamten. (Beifall.) Schon bei einer frühe-

ren Gelegenheit hatte ich erwähnt, daß die Staatsregierung sich mit Beratungen beschäftigte, behufs Erweiterung des Rechtsweges. In allen drei Gesetz-Entwürfen ist der Grundgedanke Jeden, der in seinen Privatrechten dem Gesetz gegenüber sich verlost glaubt, die Verfolgung seines Rechts in dem geordneten Gang zu ermöglichen. Die Staatsregierung hat geglaubt, nach mehrfachen Rücksichten hin eine Reihe von Beschränkungen vorschlagen zu dürfen. Der erste Entwurf will den Rechtsweg allen Beamten gestatten, in Bezug auf die privatrechtliche Seite ihres Dienstverhältnisses, also auf Gehalt, Pension etc.; er will ferner in Bezug der öffentlichen Abgaben in mehreren Fällen, wo die bisherige Gesetzgebung den Rechtsweg nicht gestattet, solchen zulassen; er will auf dem Gebiet der Stempelsteuer den Rechtsweg überall da gestatten, wo es sich um Fragen handelt, welche überwiegend durch rechtliche Beurtheilung bedingt sind; ebenso in Bezug auf Kirchen-, Pfarr- und Schulabgaben. — Der zweite Entwurf bewegt sich wesentlich auf dem Gebiete der Polizei. Der Inhalt läßt sich dahin zusammenfassen, daß der bekannte Paragraph des Gesetzes vom 11. Mai 1842 abgeändert wird, welcher den Rechtsweg wesentlich beschränkt und gegen polizeiliche Verfügungen nur dann den Rechtsweg gestattet, wenn der in seinem Privatrecht beauftragt, daß die Verfügung dem Gesetz widerpricht. Es ist ferner das Gebiet der polizeilichen Executionsbefugnis übertragen, welche Bezeichnung mit dem Antrage des Abg. v. Ammon zusammenfällt. Einmal ist das polizeiliche Executionsrecht zur Anerkennung gebracht, aber das Strafmaß der gesetzlichen Regelung unterworfen, und es ist in dieser Petition gegen polizeiliche Strafverfügungen der Rechtsweg zuzulassen. Endlich enthält der Entwurf noch den Vorschlag zur Abänderung des Gesetzes vom März 1850. — In Bezug des dritten Gesetz-Entwurfs hat die Staatsregierung geglaubt, daß das Gesetz vom 13. Febr. 1854 den Anforderungen nicht entsprochen bat, welche daran gestellt wurden. Im Hinblick auf Art. 99 der Verfassung würde es nicht statthaft sein, das Gesetz aufzuheben, ohne zugleich den Art. 99 anderweitig auszuführen. Der Entwurf soll der vorgezogenen Dienstbehörde bei Straf- oder Civilverfahren ihren Standpunkt sofort wahren, daß sie Gelegenheit bekommt, die Interessen der Beamten wie der Behörden durch alle Instanzen zur Geltung zu bringen.

Abg. v. Ammon schlägt vor, die Vorlagen der Justiz-Commission zu überweisen, Abg. v. Vincke (Hagen) beantragt eine besondere Commission, weshalb dem Antrage der Justizminister beitritt und der vom Hause genehmigt wird.

Man geht hierauf zur Tagesordnung über. Erster Gegenstand derselben sind Wahlprüfungen. Die Wahl des Landrats v. d. Berswordt (Dels) hat zwar Anlaß zu einem Protest aus dem Kreise der Wahlmänner gegeben, indem dessen bat die Commission darin nichts Erhebliches gefunden, und das Haus genehmigt auf ihren Antrag die Wahl. Ebenso ist die Wahl des Juristenrats a. D. Wagener (Mengenwalde) von Seiten eines Rechtsanwalts zu Gollnow, der Wahlmann gewesen, beanstandet worden, wobei zur Sprache kommt, daß das mehrfach erwähnte Anerbieten eines Landrats, den für Wagener stimmbenden Wahlmännern Ertrag der Zubrotten zu leisten, später von denselben förmlich zurückgenommen sei. Die Commission hat auch hier keine durchgreifenden Bedenken anerkannt und beantragt daher Genehmigung. Dieselbe erfolgt. Die Neugewählten sollen in der nächsten Sitzung vereidigt werden.

Hierauf folgt die wiederholte Abstimmung, resp. Annahme der beiden auf das Einzugs- und Einkaufsgeld in ländlichen Gemeinden der beiden westlichen Provinzen bezüglichen Gesetze, und man geht dann zur Petitionsberatung, zuerst dem Bericht der Agrar-Commission. Das Wesentliche darüber ist bereits mitgetheilt. Der Antrag eines Hauptmanns a. D. v. Wedell, gesetzlich festzustellen, daß die Ablösung der an die Rentenbanken zu entrichtenden Renten auch durch Rentenbriefe nach dem Nennwert für zulässig zu erachten sei, ist von der Commission mit 8 gegen 5 Stimmen für eine Uebergabe an die Regierung „zur Verübung“ empfohlen worden. Die Abg. Österath, Fliegel und v. Vincke bestimmen diejenigen Antrag. Letzterer führt aus, daß die Rentenbrief-Inhaber ein festes Vertragsverhältnis mit dem Staate eingegangen seien, daß aber ihr daraus fließendes Recht unverkennbar durch den Antrag, den die Commission befürwortet, gekrährt werde. Die Rentenbriefe ständen unter Garantie des Staates, und das Prinzip des Staates, die seinen Gläubigern gemachten Zuflagen auf's Strengste zu erfüllen, müsse also auch hier in Kraft bleiben. Der Commissionsantrag sei dem Credit des Staates gefährlich und beeinträchtige den Wohlstand der Rentenbrief-Inhaber. Letzteres weist der Redner einer entgegengesetzten Auseinandersetzung des Abg. Ambrohn gegenüber ausführlich durch Zahlen nach. Auch der Reg.-Commissar tritt dieser Ansicht gegen den Commissionsantrag bei, und das Haus geht mit großer Majorität, nach dem Antrage Österath's, über die Petition zur Tagesordnung über. — Die Petition eines Defonomien Verlage, der in einer Separationsfache benachtheilt zu sein glaubt, wird nach dem Antrage der Commission, dem der Reg.-Commissar zusimmt, ohne Diskussion der Regierung nochmals zur Verübung überwiesen. — Die sonstigen Petitionen werden ohne Debatte durch Uebergang zur Tagesordnung erlebt.

Es folgt der vierte Bericht der Petitions-Commission. Eine die Concessionierung einer Apotheke in der Stadt Warstein betreffende Petition wird auf Antrag des Referenten Büschmann, da inzwischen einige bis dahin siebende Verläge eingelaufen, zu nochmaliger Beratung an die Commission zurückgewiesen. — Die Petition des Kreisphysikus a. D. Dr. Neumann zu Berlin wegen offizieller Anerkennung der Homöopathie, Hydrocephalie, Heilgymnastik und des thierischen Magnetismus ist von der Commission mit dem Antrage auf Tagesordnung bedacht worden. Abg. v. Rosenberg-Lipinsky nimmt sie jedoch in ihrem ersten Theile, der die Zulassung von Privatdozenten für obige Dozenten an den preußischen Hochschulen beantragt, in Schutz. Er bedauert, daß das Cultusministerium in dieser Debatte gar nicht vertreten sei und spricht die Hoffnung aus, daß der Hr. Minister des Innern sich der Sache annehmen werde. (Lebhafte Zeichen der Ablehnung von Seiten des Hr. Schwerin.) Jeder müsse nach seiner Façon in Preußen felig werden können, also auch in Bezug auf die Homöopathie und die „natürlichen Heilmethoden“, gegen welche ein heilloser Vorurtheil obwaltet, das endlich gebrochen werden müsse.

Der Minister des Innern (Gelächter): Er habe nicht geglaubt und der Cultusminister wohl auch nicht, daß diese Petition Debatten veranlassen könnte; er schlägt jedoch für diesen Fall vor, die Petition auf eine nächste Tagesordnung zu verschieben.

Abg. Dr. Hasenclever: Das Haus habe sich in solche Specialfragen sonst nicht gern eingelassen, und sei im vorliegenden Falle auch wenig kompetent. Er erkenne die öffentliche Meinung, auf die der Vorredner rekurriert, gern an, aber natürlich müsse sie auch durch Sachverständige vertreten sein. Ander

an Uebertreibung litten. Einen Widerspruch gegen den Antrag der Kommission erhebt derselbe übtigens nicht.

Referent Abg. Waldeod nimmt den Commissions-Antrag in Schutz, der demnächst auch vom Hause genommen wird.

Die Beschwerde einiger Kaufleute zu Gütersloh darüber, daß bei gerichtlichen Klagen vor rheinischen Gerichten der Kläger stets die Gebühren seines Mandatarius zu tragen habe und daß bei Waarenforderungen keine rücksichtigen Zinsen eingelagert werden dürfen, ist zwar von der Commission durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt worden; sie wird jedoch im Plenum durch die Abg. Asmann, Waldeod und Fliegel unterstützt, welche auf die daraus entstehende Ungleichmäßigkeit des Rechts zwischen Rheinland und Westfalen hinweisen und die Notwendigkeit einer einheitlichen Prozeßgefegebung für Preußen betonen. Eine Abänderung des Commissions-Antrages wird jedoch von seiner Seite vorgezogen.

Die schon besprochene Petition des Regimentsarztes a. D. Dr. Riede giebt dem Abg. Lette Anlaß zu einigen die Persönlichkeit des Petenten, der ein arges Beispiel des Maßregelungswesens der vorigen Regierung sei, ehrenden Ausführungen.

Abg. Waldeod hält daran Bemerkungen über die Zusammensetzung des Disciplinargerichtshofes; es sei ein großer Uebelstand, daß unbesoldete Assessoren gegen Diäten an diesem Disciplinarhofe — „Gerichtshof kann man ihn allerdings nicht nennen“ — arbeiten, der über die höchsten Beamten zu urtheilen habe. Das Wechseln der Besitzer nach allen drei Jahren, der Appell an das Staatsministerium, seien ebenfalls Mängel, welche dringend eine Abänderung seitens des Ministeriums erforderten.

Abg. Wagener freut sich, daß der Abg. Lette so strenge Grundsätze in Bezug auf die Maßregelung von Beamten habe; er wünschte, daß man diese Grundsätze bei der Adressdebatte beherzigt hätte.

Abg. Lette verwahrt sich dagegen, daß die Ansichten, welche die Majorität bei der Adressdebatte beherzigt hätte, etwas gemeinsam hätten mit der Maßregelung, die unter dem vorigen Ministerium stattgefunden.

Abg. v. Vinde tritt dieser Zurückweisung in einigen Worten bei.

Das Haus geht zur Tagesordnung über.

Schließlich kommt ein Petitionsbericht der Handelscommission zur Beratung. Die erste der betreffenden Petitionen ist die schon erwähnte des Kaufmann Karwath und des Lehrers Wunder, welche die Beschränkungen des Postdienstes an Sonntagen betrifft. Die Commission empfiehlt Übergabe an die Regierung zur Verübung, „in der Erwartung, daß der Postdienst an den Sonntagen gleichmäßig mit dem an den Feiertagen eingerichtet werde.“

Abg. Osterath stimmt dem unter der Modifikation bei, daß der Postdienst an Feiertagen so beschränkt werde, wie der an Sonntagen. Eine andere Auslegung widerspreche dem göttlichen Gebot, daß der Mensch sechs Tage ruhen — (Große Heiterkeit) nur also wenigstens den einen Tag ruhen solle. In England gebe das, also werde auch unser Handel sich begnügen können. Das Haus habe ein gleiches Gesuch vor zwei Jahren zurückgewiesen, es möge heut dasselbe thun.

Geh. Rath Philippssen: Die Regierung warte ab, ob die Belebung des Verkehrs gegen die Beschränkungen des Postdienstes wirken möchte, aber wie jetzt die Sache liege, wünsche der große Geschäftsmann wenigstens selber die Sonntagsruhe in seinem Comptoir, und darauf allein, nicht auf die Schwierigkeiten, die der Post aus einer Erweiterung ihres Betriebes erwachsen könnten, komme es an. In England sei der Postdienst auf zwei Stunden befristet. Die Regierung sei also mit dem Commissions-Antrage nicht im Einverständniß.

Abg. v. Blandenburg: Auch er schließe sich der Auslegung des Abg. Osterath an und wünsche ebenfalls Übergang zur Tagesordnung.

Abg. Behrend (Danzig) für den Commissions-Antrag: Die englische Einrichtung bestehet seit Jahrhunderten und sei dort vollständig; in Preußen sei das nicht der Fall; gerade die großen Kaufleute wünschten eine Aenderung des jetzigen Zustandes; die Feiertage hätten oft größere Bedeutung als die Sonntage, drum möge man beide gleichmäßig behandeln.

Abg. Reichensperger (Köln): Die Petition sei in einem Tone des Hohns abgefaßt, wie es dem Hause gegenüber nicht schicklich ist; in solchen Fällen sei es nach seiner Meinung ratschlich, die Sache vorweg so lange zurückzulegen, bis der Vertreter eine convenablae Form gefunden. Die Postbeamten müßten auch einen Tag der Sammlung und Ruhe haben; die Strenge der englischen Einrichtung wünsche er nicht; aber die Einrichtungen bei uns seien auch nur ein Minimum dieser Strenge.

Abg. Binder erklärt als Vorsitzender der Commission, weder Person noch Form der Petition sei bei der Beratung maßgebend gewesen, sondern nur der materielle Inhalt und die darauf begründeten Beschlüsse halte er auch jetzt noch aufrecht; der Postbeamte müsse ja auch jetzt Sonntags in seinem Bureau sein und arbeiten.

Auch der Rest der Petitionen dieses Berichts wird nach den Anträgen der Commission durch Tagesordnung erledigt.

Alle Gegenstände der Tages-Ordnung sind damit erschöpft.

Die Commission zur Beratung des Gesetzentwurfs wegen Errichtung einer Depositentasse für Appell.-Ger.-Bezirk Köln besteht aus folgenden Mitgliedern: Abg. Reichensperger (Köln) Vorsitzender, Heister, Stellvertret. des Vorsitzenden, Quandt, Schriftführer, Kauth, Stellvertret., Hölder (Darmstadt) und Nüder.

Der Präsident zeigt schließlich an, im Laufe der Sitzung sei ein Antrag von den Abgeordneten Senff und Genossen (v. Jordenbeck, Behrend u. s. w.) eingegangen und bereits reichlich untersucht: „Das Haus wolle beschließen, die Staatsregierung aufzufordern, einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den die Niederschlagung der Untersuchungen ermöglicht wird, welche nach der Nr. 1 des allerhöchsten Amnestie-Erlaß vom 12. Januar 1861 wegen Verbrechen und Vergeben bereits eingeleitet sind.“ — Der Antrag wird auf Wunsch der Antragsteller an die Justizcommission gewiesen.

Ein Antrag der Abgeordneten Ambroß, Hoffmann und Genossen verlangt die Annahme eines beigefügten Gesetzentwurfs, betreffend die Ausdehnung der Gemeindesteuerung. — Der Antrag geht an die Agrar-Commission.

Schluß der Sitzung 2½ Uhr. Nächste Sitzung Montag. Tagesordnung: Budgetberichte, die Gesetzentwürfe wegen Erhöhung der Bergwerksabgaben.

### Sonntagsblättchen.

Des Märzen Iuds hat wieder einmal den Telegraphen in Bewegung gesetzt; glücklicher Weise aber diesmal nur, um Besorgniß und Befriedigung in ein Telegramm zusammen zu fassen. — Für einen großen Theil unseres Publikums dürften die pehler und wiener Meldungen sogar etwas Nährstoffes geben haben — so sehr sind die Stichtage jenes vorzeitigen Völkerfrühlings der Erinnerung bereits in nebelgraue Ferne gerückt; die einzige Besorgniß, welche die Märztage dieses Jahres in unserer jungen Welt hervorrufen, wird durch den Hinblick auf die Wahrzeichen der nahen Ostern erweckt, welche an jedem Obstbaum feilgeboten werden.

Nicht auf die Schmiedung von Piken ist der Sinn der jungen Welt gerichtet; ihre Hand streckt sich nicht nach dem rostigen Commiss-Gewehr, sondern nach dem buchtbesteckten — Schmeckstern, als der Waffe, welche zu Ostern seit Jahrhunderten bei uns in Gebrauch ist. — Die Weltgeschichte kann sich nimmer genugthun in Erfindung und sogenannter Verbesserung von Mordwaffen; aber der kleine Krieg des gesellschaftlichen Lebens begnügt sich vollkommen mit den alten Streitmitteln, welche bei dem uralten Kampfe zwischen Männlein und Weiblein, den man auch — Liebe nennt, sich sogar auf Blick und — Fingernägel beschränken, obwohl man sich auch — um die Gedanken zu verbergen, manchmal der Zunge bedient.

Denn das Schweigen ist ja meist beredter und verführerischer als das Sprechen; obwohl gerade in den letzten Wochen das Umgekehrte bei uns stattgefunden hat und der Musiksaal der Universität stets zu klein war für das Auditorium Holtei's.

Der liebe Bagabond hat uns jetzt verlassen — herzlich froh, wie böse Jungen zischen — den Inconvenienzen seines guten Rufes sich entziehen zu können. — Denn wenn wir Schlesier uns auf unser „gutes Herz“ viel zu Gute thun; so wissen wir auch rechtschaffen darauf hin zu sündigen und zu spekulieren.

Als Garibaldi sich nach Caprera zurückzog, bat er seine Correspondenten um Frauung ihrer Briefe; Holtei, welcher seiner Wohlthätigkeit wegen berühmt ist, hätte alle Tage in den Zeitungen erklären können,

den und wegen Ablösung der geistlichen u. s. w. Reallisten, endlich Petitionsbericht.

**Berlin**, 15. März. [Amtliches.] Se. Maj. der König haben allernächst geruhet: Dem bisherigen Konsistorial-Rath, Hofprediger Thielien, den Titel eines Ober-Konsistorial-Raths zu verleihen, und die Wahl des Dr. Beisert zum Direktor des Gymnasiums in Bünzlau zu bestätigen.

Der „St. A.“ bringt 1) ein Gesetz wegen Abänderung des Vereins-Zolltariffs, vom 11. März 1861. 2) Die Verordnung, die Einführung des Gesetzes wegen Abänderung des Vereins-Zolltariffs vom 11. März 1861 in dem Jadegebiet betreffend, vom 12. März 1861.

Am Gymnasium zu Görlitz ist dem ordentlichen Lehrer Dr. Liebig das Prädikat „Oberlehrer“ beigelegt, und der Kreis-Thierarzt Schwaneberger zu Nimptsch, Regierungs-Bezirks Breslau, in gleicher Eigenschaft in den Kreis Ratibor, Regierungs-Bezirks Oppeln, verliehen worden.

Se. Maj. der König haben allernächst geruhet, den nachbenannten Offizieren die Erlaubnis zur Anlegung der ihnen verliehenen Orden zu ertheilen, und zwar: Des Groß-Offizier-Kreuzes des königlich belgischen Leopold-Ordens: dem Commandeur der 3. Infanterie-Brigade, General-Major Herwarth von Bittenfeld; — des Commandeur-Kreuzes zweiter Klasse vom herzoglich anhaltischen Gesamthaus-Orden Albrechts des Bären; dem Major von Böß vom General-Stab des III. Arme-Corps; — des Komtur-Kreuzes zweiter Klasse vom großherz. hessischen Verdienst-Orden Philipps des Großmütigen: dem Major von Kessel vom 1. Garde-Regiment zu Fuß; — des Ritter-Kreuzes erster Klasse vom großherzoglich hessischen Verdienst-Orden Philipps des Großmütigen: dem Hauptmann und Compagnie-Chef von Kleist vom 1. Garde-Regiment zu Fuß; — des Ritter-Kreuzes zweiter Klasse des königlich niederländischen Löwen-Ordens: dem Adjutanten bei dem Kommando der preußischen Truppen in Frankfurt a. M., Premier-Lieutenant von Scherff vom 2. Garde-Regiment zu Fuß; — des Ritter-Kreuzes des kurfürstl. hessischen Wilhelms-Ordens: dem Rittmeister von Frankenberger-Luetwitz vom Regiment der Gardes du Corps; — des kaiserlich-österreichischen Ordens der eisernen Krone dritter Klasse: dem Rittmeister und Escadron-Chef von Sonnitz vom Garde-Husaren-Regiment; — des Offizier-Kreuzes des kaiserlich französischen Ordens der Ehren-Legion: dem Rittmeister und Escadron-Chef von Barner vom 1. Garde-Dragoner-Regiment, und des kaiserlich russischen St. Annen-Ordens vierter Klasse mit der Aufschrift „für Tapferkeit“: dem Premier-Lieutenant Freiherrn von Budenbrock vom 4. Ostpreuß. Grenadier-Regiment (Nr. 5). (St. A.)

**Berlin**, 15. März. [Die holstein'sche Ständeversammlung. — Nationalverein. — Die preußisch-brunswigische Eisenbahn. — Die warschauer Borgänge.] Die Vermuthung, daß die iherhoer Stände-Versammlung auf die dänischen Anerbietungen nicht eingehen werde, findet sich jetzt bereits thatächlich bestätigt. Das Ausschuss-Gutachten ist ablehnend ausgefallen und der als Landtags-Commission fungirende holsteinische Minister soll, wie man hier erfährt, freimüthig nach Kopenhagen berichtet haben, daß auf den gebotenen Grundlagen eine Verständigung mit den Vertretern des Herzogthums nicht zu hoffen sei. Wie verlautet, wird Dänemark sich beeilen, noch ehe ein Votum der iherhoer Versammlung vorliegt, dem Bundestag über die bisher gethanen Schritte Erläuterungen zu geben und dieselben als einen Beweis seines Eingehens auf die Forderungen Deutschlands geltend zu machen. Die betreffenden Mittheilungen erwartet man in der nächsten Bundestags-Sitzung. Selbstverständlich wird der Bund sich für unbefriedigt erklären und dem Ereptions-Versfahren Folge geben müssen, wenn die dänische Regierung darauf beharrt, den Anteil Holsteins an dem Gesamt-Budget ohne Zustimmung der Stände festzustellen. — Von neueren Unterhandlungen über Repressiv-Maßregeln gegen den National-Verein ist hier nichts bekannt. Wie schmerlich auch die Regierungen einiger Mittelstaaten von der Thatsache berührt werden mögen, daß die Bestrebungen des Vereins immer mehr Ausbreitung und Theilnahme finden, so dürfte doch die würzburger Diplomatie mit Einschluß der Herren von Beust und von Dalwigk, die Überzeugung gewonnen haben, daß die Zeit nicht günstig ist, um den Bund als Polizei-Behörde gegen feindliche Kundgebungen der öffentlichen Meinung auftreten zu lassen.

— Das Projekt der Altenbeck-Kreisener Eisenbahn liegt Hannover wie ein Alp auf der Brust. Da man auf die Vereitelung der Sache keine große Hoffnung setzen kann, so suchen einzelne Stimmen sich damit zu trostzen, daß die neue Bahn große Terrain-Schwierigkeiten zu überwinden habe und daher dem Waarenverkehr auf der hannoverschen Bahn nicht leicht Concurrenz machen können. Dem Raisonneur fehlt jedoch die logische Grundlage. Die Schwierigkeit des Terrains mag die Herstellungskosten erhöhen und somit die Rentabilitäts-Aussichten zur Bescheidenheit anhalten, aber das hat keinen Zusammenhang mit den Concurrenz-Bedingungen. Die kürzere Bahn wird immer die wohlstellere und deshalb die vom Verkehr bevorzugte sein.

— Die Antwort Kaiser Alexanders auf die warschauer Petition bietet den Polen jedenfalls mehr Zugeständnisse, als man anfangs erwartet hatte. Es muß dahin gestellt sein, in wie weit dabei die Rathscläge Napoleon III. wirksam gemessen sind. Man kann vermuten, daß Napoleon sich auch in der Rolle eines Protectors der polnischen Nationalität gefällt. Wie man hört, sucht die französische Diplomatie den petersburger Hof dadurch für ihre Absichten zu gewinnen, daß sie den Gedanken des Pan-Slavismus hätschelt und auf eine Erbschaft beim etwaigen Zerfall der österreichischen Monarchie hinweist.

**Berlin**, 15. März. [Vom Hofe.] Se. Maj. haben in Folge einer leichten Erkältung einen Tag lang das Blähig gehütet, machten jedoch heute Mittag wieder eine Spazierfahrt. — Se. Maj. der Herzog von Nassau ist heute Morgens, von seinem erlauchten Bruder und zwei Adjutanten begleitet, von Wiesbaden hier eingetroffen. Mittags machte Se. Hoheit den Mitgliedern der kgl. Familie seinen Besuch und empfing darauf im Hotel deren Gegenbesuch.

\*\* **Berlin**, 15. März. Die Schuhmannsangelegenheit.

— Tieber. — Die Sterbenthaler. — Schulze-Delitzsch.] Aus der letzten Stadtverordneten-Sitzung theilen wir Folgendes mit.

Die zur Aufklärung und Prüfung der in den Eichhoffischen Broschüren angegebenen Polizeiwillkürthkeiten niedergegesetzte Commission hat mit Bezug auf die bekannte Antwort des Ministers Grafen Schwerin mehrfache Ausstellungen zu machen. Sie findet die Auskunft des Präsidienten v. Leditz über die Behauptung, daß der Polizeioberst Passe die etatmäßig in Rechnung gestellten Pferde gar nicht gehalten habe, nicht ausreichend; sie verlangt genauere Mittheilung, ob Passe auch vor dem Amtsantritt des Herrn v. Leditz die fraglichen Pferde stets besessen, welcher Art die angedeuteten Unterbrechungen dieses Besitzstandes gewesen seien, und fordert die Vorlegung der betreffenden Fohragequittungen. Bei dem Punkte, der den bekannten Tausch der beiden ausrangirten Pferde betrifft, wünscht die Commission zu wissen, von welchem berechtigten Vertreter der Schuhmannschaft Herr v. Leditz die Pferde eingetauscht habe und welchen Werth dieselben zur Zeit des Vorfalls gehabt hätten. Bei der derzeitigen angeblichen Uebervortheilung bei den Uniformsgegenständen ist die Darlegung des Ministers durchaus nicht richtig, so wenig, wie man sich bezüglich der persönlichen Dienstleistung der Schuhleute bei deren Vorgesetzten mit der einfachen Erklärung der Unstethaftigkeit begnügen könne; auch über die rummelsburgsche Angelegenheit sei die Versammlung bis jetzt noch ohne jeden Bescheid.

Der Magistrats-Kommissarius, Stadtrath Dünker, konstatirt zuvörderst, daß der Magistrat sich gleichfalls mit den ministeriellen Schreiben nicht befriedigt erklären könne und weitere Erklärungen verlangen werde. Die vom Polizeipräsidium verlangten Dokumente, Materialienberechnungen, Inventarien &c. enthaltend, sind nunmehr eingegangen und werden mit den beigefügten nahe an 100,000 Belegien einer eingehenden Prüfung unterzogen werden. In Betreff der rummelsburgschen Angelegenheit ist von dem Minister eine Mittheilung eingegangen, nach welcher die schwedende Untersuchung noch nicht beendet, eine Aufklärung des Sachverhalts demnach für jetzt nicht möglich sei.

Stadtverordneter Elster berichtet, daß gestern die mit dieser ganzen Recherche im Zusammenhange stehende Verhaftung des Polizeilieutenants Schmidt und des Wachtmasters Köhler stattgefunden habe, und beschließt demnächst die Versammlung, das Protokoll der Commission dem Magistrat zu überreichen, um die Beratung mit der gemischten Deputation fortzusetzen. — Der Polizei-Direktor z. D. Tieber, der bekanntlich ein Kommissarius zur Ermittelung der Thäter des großen Postdiebstahls erhalten hat, ist, wie hiesige Blätter melden, vom Ministerium des Innern benachrichtigt worden, daß er im Allgemeinen zu Kommissarien ähnlicher Art in vorkommenden Fällen benutzt werden würde und daß die Polizeibeamten angewiesen werden, seinen etwaigen Requisitionen Folge zu leisten. — Die vielbesprochenen sogenannten Sterbenthaler sind jetzt ausgegeben worden. Dieselben zeigen das Portrait weiland Sr. Maj. des Königs Friedrich Wilhelm IV. und die Jahreszahl 1861. Im Uebrigen weichen sie in Nichts von den gewohnten Thalerstücken ab. — Herr Schulze-Delitzsch ist in das Abgeordneten-Haus eingetreten und hat bei der Behrendt'schen Fraction Platz genommen.

**Berlin**, 15. März. [Dementi.] Nach einer Mittheilung der „Danziger Zeitung“ vom 18. v. M. soll von preußischen Schiffsführern, die sich während des letzten Winters in dänischen Häfen aufgehalten haben, Klage erhoben worden sein, daß sie daselbst Gelderpresungen und Mißhandlungen zu erdulden gehabt hätten. Nach den eingezogenen Erfundigungen müssen wir jedoch annehmen, daß jene Mittheilung mehr auf ungenauen Nachrichten, als auf Thatsachen beruht.

Es haben Ueberwinterungen diesseitiger Schiffe stattgefunden in Kopenhagen, Helsingør und Friedrichshafen. An keinem dieser Orte ist aber von den angeblichen Gelderpresungen und Mißhandlungen etwas bekannt geworden.

(Pr. 3.)

**Berlin**, 15. März. [Dementi.] Nach einer Mittheilung der „Danziger Zeitung“ vom 18. v. M. soll von preußischen Schiffsführern, die sich während des letzten Winters in dänischen Häfen aufgehalten haben, Klage erhoben worden sein, daß sie daselbst Gelderpresungen und Mißhandlungen zu erdulden gehabt hätten. Nach den eingezogenen Erfundigungen müssen wir jedoch annehmen, daß jene Mittheilung mehr auf ungenauen Nachrichten, als auf Thatsachen beruht.

Stadtverordneter Elster berichtet, daß gestern die mit dieser ganzen Recherche im Zusammenhange stehende Verhaftung des Polizeilieutenants Schmidt und des Wachtmasters Köhler stattgefunden habe, und beschließt demnächst die Versammlung, das Protokoll der Commission dem Magistrat zu überreichen, um die Beratung mit der gemischten Deputation fortzusetzen. — Der Polizei-Direktor z. D. Tieber,

der bekanntlich ein Kommissarius zur Ermittelung der Thäter des großen Postdiebstahls erhalten hat, ist, wie hiesige Blätter melden, vom Ministerium des Innern benachrichtigt worden, daß er im Allgemeinen zu Kommissarien ähnlicher Art in vorkommenden Fällen benutzt werden würde und daß die Polizeibeamten angewiesen werden, seinen etwaigen Requisitionen Folge zu leisten. — Die vielbesprochenen sogenannten Sterbenthaler sind jetzt ausgegeben worden. Dieselben zeigen das Portrait weiland Sr. Maj. des Königs Friedrich Wilhelm IV. und die Jahreszahl 1861. Im Uebrigen weichen sie in Nichts von den gewohnten Thalerstücken ab. — Herr Schulze-Delitzsch ist in das Abgeordneten-Haus eingetreten und hat bei der Behrendt'schen Fraction Platz genommen.

**Berlin**, 15. März. [Dementi.] Nach einer Mittheilung der „Danziger Zeitung“ vom 18. v. M. soll von preußischen Schiffsführern, die sich während des letzten Winters in dänischen Häfen aufgehalten haben, Klage erhoben worden sein, daß sie daselbst Gelderpresungen und Mißhandlungen zu erdulden gehabt hätten. Nach den eingezogenen Erfundigungen müssen wir jedoch annehmen, daß jene Mittheilung mehr auf ungenauen Nachrichten, als auf Thatsachen beruht.

Es haben Ueberwinterungen diesseitiger Schiffe stattgefunden in Kopenhagen, Helsingør und Friedrichshafen. An keinem dieser Orte ist aber von den angeblichen Gelderpresungen und Mißhandlungen etwas bekannt geworden.

(Pr. 3.)

**Berlin**. Der Herausgeber der Berichte über die Landtags-Verhandlungen, Herr J. Fries, veröffentlicht folgende Erklärung: „In einer Berliner Cor

tungen zugesandt. Durch diese Thatsache, von der der Correspondent der „Kölner Zeitung“ Kenntnis haben konnte, wenn er sie nicht gar wirklich gehabt hat, war jene Verdächtigung widerlegt, ehe jemand sich erlaubte, sie auszusprechen.

\* [Zeitungsschau.] In Bezug auf die warschauer Vorgänge schreibt das „Preuß. Wochenbl.“: „Die Wiederherstellung eines Königreichs Polens mit selbstständigem nationalen Leben, mag es übrigens unter russischer Suzeränität oder ganz unabhängig dastehen, ist für uns eine entschiedene Gefahr. Wir brauchen nicht daran zu erinnern, daß der Kampf um jenes Ziel die polnische Bevölkerung unserer Provinz Polen nicht unberührt lassen wird; denn die Beweise, wie weit die politische Aufregung dasselbst schon gezeigt ist, sind allen bekannt. Wir wollen uns im Geiste an das Ende einer den Polen günstigen Entwicklung verziehen, und nach der Rückwirkung fragen, die eine Umgestaltung der Verhältnisse Polens im nationalen Sinne auf unsern Staat äußern müßte. Erhält Polen als Frucht seiner Anstrengungen auch nichts mehr als eine nationale Verwaltung, etwa im Sinne der Verfassung vom 27. Nov. 1815, und beruhigt es sich hierbei, so gewinnen die schon jetzt hervortretenden Bemühungen der polnischen Aristokratie in der Provinz Polen, sich aus dem Zusammenhang mit unserem Staatsleben loszulösen, und eine eigenartige Entwicklung zu pflegen, einen neuen und mächtigen Impuls. Wir werden ihnen dann um so energetischer entgegentreten müssen, — denn für unsern unglücklich situierten Staat ist die Aufrechterhaltung seiner Einheit ein Gebot der Notwendigkeit, eine Lebensfrage; und unser Widerstand wird zur Folge haben, daß die polnische Bevölkerung der Provinz um so entschiedener ihre Hoffnung auf den nationalen Nachbarstaat setzt, und einer Vereinigung mit ihm entgegenstrebts. Ein Antagonismus zwischen Preußen und Polen, der jedesfalls unsere Kraft schwächt, vielleicht auch zu ernsteren Konflikten führt, wird also auch bei diesem halben Sucess der polnischen Bewegung ein unvermeidliches Produkt der Verhältnisse sein. Wir glauben aber, wie wir schon oben andeuteten, nicht, — und wir führen uns hierbei auf den polnischen Nationalcharakter, — daß die Polen auf halbem Wege stehen und sich beruhigen werden. Sie wollen nationale Selbstständigkeit. Und daß die erste Neuordnung ihres nationalen Lebens in einer Reklamation der früher zu Polen gehörigen Gebiete bestehen würde, darüber kann nach den bisherigen historischen Erfahrungen schwerlich ein Zweifel obwalten. Schon 3 Tage nach dem Ausbruch der Revolution von 1830 stellte Lubelski in dem Comite, welches unter dem Vorst. des Fürsten Lubelski mit dem Großfürsten Constantin unterhandeln sollte, die Forderung auf, daß die früheren polnischen Provinzen, welche jetzt zu Russland gehören, mit Polen wieder vereinigt werden sollten; und Roman Soltys verlangte sofort die Injizierung der polnischen Provinzen Preußen und Österreichs. Es ist bekannt, daß damals nur die Neigung Lubelski's und des Oberbefehlshabers Chlopicki zum Diplomatisiren einer Ausbreitung des revolutionären Brandes über die damaligen Grenzen Polens entgegnetrat; beide hofften auf eine Intervention Englands und Frankreichs und sie scheuten sich, namentlich aus Rücksicht auf Louis Philippe, die polnische Frage auf das internationale Gebiet hinüberzutragen. — Die „Nat.“ und die „Sp. Btg.“ besprechen die Abstimmung des Herrenhauses über das Chegegesetz; die letztere schreibt: „Nach der heutigen Erklärung Stahls ist die Civilehe ein Kind der Revolution, das dem Christenthum den Krieg erklärt; alle Schrecken und Greuel werden ihr angedichtet, sie ist die Verherrlung der Sitte des Volkes bis auf den innersten Kern, sie verbannt aus dem ganzen menschlichen Leben die Liebe und Treue; das Volk von der kirchlichen Trauung dispergiert, das heißt das letzte Fenster schließt, durch welches das Himmellicht einfällt, die großen Massen nehmen, selbst wenn sie zur Trauung „getrieben“ werden, einen Segen und einen unverlöslichen Eindruck davon.“ Nun vergleiche man mit diesen Redensarten, was derselbe Stahl in der ersten Kammer am 5. Oktober 1849 gesagt hat, als er und Uhlendorf die Einführung der facultativen Civilehe (statt der in der otrivierten Verfassung festgesetzten obligatorischen) beantragten. Er sagte erst sehr bescheiden: „In den westlichen Provinzen, in Frankreich, in Belgien, mag eine christliche, gottesfürchtige Bevölkerung ganz wohl bei der (obligatorischen) Civilehe befreit; wie das öffentliche Bewußtsein sie dort aussaft, ist mir nicht bekannt.“ — Weiterhin sprach er: „Das versteht sich übrigens von selbst, daß auch nach meinem Antrage die bürgerliche Ehe nicht blos für diejenigen eintritt, die der christlichen Kirche nicht angehören, sie soll als eine allgemeine Berechtigung für die ganze Nation wie in England bestehen. In England haben auch die Glieder der bischöflichen Kirche das Recht, sich rein bürgerlich trauen zu lassen. Das war eben das Mängelhafteste der Gesetzesgebung von 1847, diese hatte die bürgerliche Ehe nur so weit eingeführt, als sich das Bedürfnis dazu seitens solcher herausstellte, die nicht Christen waren. Nicht so nach meinem Vorbrachte: nach diesem soll es einem jeden ohne Verüchtigung des Glaubens freizeichen, sich der bürgerlichen Eheschließung zu bedienen, und gerade diese Ausdehnung halten wir für einen Fortschritt, für die Befreiung eines wahren Bedürfnisses. Hierdurch wird jenen Kollisionen vorgebeugt, wie sie so oft zwischen Staat und Kirche entstanden, so z. B. der katholischen Kirche gegenüber bei den gemischten Ehen, eben so gegenüber der protestantischen, da Geistliche mit Recht sich weigerten, Gatten, die nach den weiten Gründen des Landrechts geschieden waren, bei der zweiten Ehe einzugehen. Es wird danach der Staatsbürgers nicht an die Strenge der Kirchengebote gebunden, dagegen aber auch nicht dem Geistlichen die Eheschließung gegen die Gebote der Kirche aufgeworfen. Dies würde erreicht werden durch Institutionen wie die von uns vorgeschlagenen. Aber auch ganz allgemein ist es gewiß ein Fortschritt zur Freiheit, wenn Niemand mehr geneigt ist, die Ehe durch Trauung zu schließen, sondern in freie Hand hat. Dagegen auf der andern Seite ist es eben so entschieden kein Fortschritt zur Freiheit, wenn man zu dem Civilalte genötigt wird, wenn die Eheschließung der Ehe durch ihn erfolgen muß, statt diejenigen, welche noch echt kirchliche Geheimnisse haben, wenn sie es wollen, bei der alten Einrichtung zu belassen.“ Ist hier nicht Wort für Wort so zu lesen, als wäre es zur Vertheidigung der gegenwärtigen Regierungsvorlage, zur Widerlegung der vorgestrittenen Stahlischen Rede gesprochen? Stahl hat damals noch eine andere Neuordnung fallen lassen, die wir gern wiederholen. Er sagte, in früheren Jahrhunderten, und bei manchen Völkern geschehe es wohl noch, sei die Civilehe ganz „naiv“ aufgefaßt worden, heute aber lege man etwas hinzu, nämlich etwas Theoretisches, gegen die Kirche Gerichtetes. Ja, wir wünschen unsern Feudalen in der That mehr Narren, d. h. mehr Unfreiheit; wir wünschen, daß sie nicht so raffiniert wären aus der Civilehe-Frage eine Parteiwaffe zu schmieden, mit der sie ihre Mitbürger rücksichtslos ver-

wunden; aber wir werden dies wohl vergebens möchten. Die Sache liegt so, daß das Herrenhaus die Belebung der Civilehe auf sein Parteiprogramm geschrieben hat, und daher wird diese Belebung nicht eher verschwinden, als bis die Opposition des Herrenhauses überhaupt gebrochen sein wird. — Das Chegegesetz im nächsten Jahre wieder vorlegen, würde sinn- und zwecklos, es würde gegen die Würde der Regierung sein, wenn die Regierung nicht zugleich andere und ernsthafte Anstalten trüfe, um ihrer Überzeugung endlich zum Siege zu helfen. — Die polnische Frage beurtheilt die „Kreuzzeitung“ in folgender Weise: „Von Preußen und Österreich mit seinen berechtigten Forderungen im Orient — auf Loslösung vom Banne des parischen Dreiecks — im Stiche gelassen, mußte es der altrussischen Partei gelingen, das kaiserliche Kabinett je länger desto mehr der französischen Allianz entgegen zu treiben, um die Lösung der orientalischen Frage im Einverständnis mit Frankreich zu ver suchen. So weit aber dieses Einverständnis reicht, so weit reicht notwendig auch das Einverständnis über die „polnische Frage“, und zwar nicht allein, weil der Kaiser der Franzosen die Polen nicht desavouieren darf, sondern eben so sehr, wenn nicht noch mehr, um deshalb es auf die Allianz Preußens und Österreichs verzichten muß, gerade um seine Willen der Regulierung der „polnischen Frage“ bedarf, um sich aus der tatsächlichen Solidarität mit den Genossen der Theilung Polens herauszulösen, und dadurch nicht allein auf die weiteren Entwicklungen der deutschen Grossmächte zu drücken, sondern auch einen nicht unbedeutenden Theil seiner militärischen Streitkräfte für die Ereignisse im Orient zu deagieren, ja — sprechen wir es offen aus — um notwendig selbst Preußen überhaupt politisch für sich entbehrlich zu machen. Es versteht sich dabei von selbst, daß Russland eventuell seine entsprechende Entschädigung im Orient erwartet: ja, daß es sich vielleicht sogar der Hoffnung hingibt, Polen (sobald es ihm passend scheint) jederzeit wieder in Besitz nehmen zu können, ein politisches Exemplar, dessen Richtigkeit wir einstweilen dahingestellt sein lassen.“

### Deutschland.

**Kassel.**, 12. März. [Zur Verfassungsfrage.] Wegen Krankheit des Ministers Wolmar ist das Erscheinen der Verordnung, welche die Landtagswahlen anordnet, noch auf einige Tage hinausgeschoben worden. Auch soll es feststehen, daß ein landesherliches Manifest nicht erscheinen wird, dagegen will man in der Thronrede des nächsten Landtages betonen, daß man alle nicht bundeswidrigen Bestimmungen aus der 1831er Verfassung in die von 1860 herübernehmen wolle, sich aber unter keiner Bedingung auf die formelle Wiederherstellung der Verfassung von 1831 einlassen werde. (K. B.)

**Kassel.**, 13. März. [Sylvester Jordan.] Man fürchtet für das Leben Sylvester Jordans, des Hauptabköpfers unserer Verfassung von 1831. Schon seit mehreren Jahren krankelnd und an den Folgen seiner fünfjährigen Gefangenschaft leidend, nahmen besonders im letzten Jahre seine Kräfte zusehends ab und seit mehreren Wochen ist er der Auflösung näher und näher gerückt. Die ersten Frühlingstage können wohl schon das Grab des einst so tüchtigen Freiheitskämpfers finden.

### Österreich.

**Wien,** 15. März. [Zur Tages-Chronik.] Wir vernehmen, daß die aus dem Centraldeputirten Cavaliere Ferrari und dem Podesta Bembo bestehende venediger Deputation sich in der Audienz bei Sr. Maj. dem Kaiser allein auf das ihnen ertheilte Mandat beschränkte, welches darin bestand, um Nachlass der Militärbefreiungskarten für die illegal abwesenden Conscriptionspflichtigen nachzusuchen. Nichts destoweniger glaubte die Deputation auch auf die Schwierigkeiten hindeuten zu müssen, welche der pretäre politische Zustand Venetiens der Beteiligung an den neuesten Reformen und der Beschickung des Reichstages bieten würde. Die Deputation äußerte bei diesem Anlaß die loyalste Gesinnung, und es ist demnach zu erwarten, daß die Regierung die von Ersterer vorgebrachten Gründe gehörig würdig und die Norm für den in dieser so höchst wichtigen Frage zu fassenden Beschluß finden werde.

Sind wir recht berichtet, schreibt die „Agr. B.“, so ist Serbien in Begriffe, ein Landesaufgebot von 50,000 Mann aufzustellen, und dieses durch Einreihung von ausgedienter Mannschaft zu organisieren, nachdem es bereits seit länger als einem Jahre an Beschaffung von Kriegsmaterial gearbeitet hat. (D. B.)

Die Arbeiten am neuen Parlamentshaus werden auch des Nachts bei Fackelbeleuchtung fortgeführt. Heute wurde mit dem Schlagen der Piloten und der Aufmauerung der Grundfesten begonnen. Letztere werden mit dem von den alten Stadtmauern gewonnenen Material aufgeführt.

Über den Fälscher und Selbstmörder Karl Friedrich Schelle geben der „Donau-Zeitung“ folgende authentische Mittheilungen zu: Am 12. d. Mittags erhielten mehrere hiesige Großhandlungsbürohäusercheinbar von der königl. preuß. Gesellschaft ausgehende Aufschriften des Inhalts: „daß auf Grund einer von weitaus König Friedrich Wilhelm IV. von Preußen gemachten Schenkung von 1000 Thalern für die protestantische Kirche in Kärnten prozentige österreichische Metalliques angelauft werden sollen, welche nebst Spesenrechnung von einem Dienner der Gesellschaft abgeholzt würden, worauf die Dedung für die angelauften Obligationen in der Gesellschaftsanleihe erfolgen werde.“ Währung nun die königl. preuß. Gesellschaft, welche von dieser beabsichtigten Beträgerin inzwischen Kenntniß erhielt, die Sicherheitsbehörde hiervon benachrichtigte, und diese floglich energische Maßregeln traf, erschien am 12. März Nachmittags ein Mensch in der Livree der preußischen Gesellschaft in dem Großhandlungshause Obermayer in der Adlergasse und briefete sich auf ein Schreiben, welches den Auftrag der preußischen Gesandt-

umher. Das Ganze sieht wie eine Gespenstergeschichte aus. Denn die Freiheit in Österreich ist doch nur wie das bleiche, mondbeschienene Gretchen, das langsam mit noch immer gebundenen Füßen den Regierungsblocusberg hinaufsteigt. Wer daran vorübergeht, flüstert vor sich hin: Ist dies der süße Leib, den ich genöß? Ja, es ist so, s' ist das süße, fromme, umschuldvolle Gretchen der Freiheit, das Clärchen Egmonts, das der Wiener von 1848 in den Straßenloch fallen ließ und dann wie Narciss in jeder Ecke sein Bischen Menschenwitz und Menschenwürde begrüßt.

Darum aber, weil wir ein schlechtes Gewissen haben, fürchten wir uns täglich mehr in Wien vor der Freiheit, denn es zieht mit all' den lang entbehrten, lang ignorirten Gestalten, wie ein Blutschein, wie ein trüber Dunst heraus. Da kommt nach Franz Schusella, an den man sich schon gewöhnt hat, Fischhof, der Redner vom 13. März, der Präsident des Sicherheits-Ausschusses. Eines Morgens wurde der Statthalter von Nieder-Oesterreich in seiner Kanzlei etwas rotb, klinigte und schickte dem Dr. Fischhof die Legitimationskarte als Wähler zum Landtage. Warum der gute kaiserliche Beamte dabei rot geworden sein mag? Warum er dem alt und grau gewordenen Dr. Fischhof die Legitimationskarte zuschickte? S' ist eine miserable Geschichte, wenn man bedenkt, daß sich die österreichische Regierung, die einen Ocean von Papiergebärd gemacht hat, sich vor einem englischen Einzelrichter mit Lajos Kossuth um einige Millionen Guldenzettel streiten muß, die der alte Rebell am Todesstage des englischen Staatschenkers ausgegeben wollte. Sie wird zum Scheine nachgiebig und verzeiht einem südlichen Doctor, der in orientalischer Gluth von Freiheit und Gleichheit sprach und am Frohleinchnamstage 1848 statt des kaiserlichen Hofes hinter der baldachinbedeckten Monstranz ging. S' ist teil schaurerlich. Und darum sieht die wiederkehrende Freiheit bei uns für viele Leute aus, wie Fächer und Gespenster, und wird immer unheimlicher und aschgrauer, lungenfächtiger und fahler.

Wien könnte nächtlicher Weile ganz das Ansehen eines Hochofens haben. Nicht daß man ihn eben mit Verfassungs-Entwürfen heizte, obwohl Österreich darin bald Frankreich erreicht haben wird. Es

schafft zum Gegenstand hatte, und welches das Handlungshaus am Vormittag erhalten haben müsse. Allein man wußte bereits, wen man vor sich habe, und während man den angeblichen Gesandtschafts-Bediensteten zum Warten einlud, requirierte man den Polizeiposten an der Ferdinandbrücke. Als dieser erschien und der Pseudo-Bediente sich nicht auszuweisen vermiede, erfolgte dessen Verhaftung. Er protestierte hiergegen und verlangte, in Begleitung eines Mitgliedes des Comptoirs zur preußischen Gesandtschaft geführt zu werden, wo er sich legitimiren und seine Sendung beglaubigen werde. Diesem Verlangen, wurde Folge gegeben. Schelle und der Wachmann stiegen in einen und der Comptoirist des Bankhauses in den zweiten Wagen. In der Adlergasse warf nun der Fremde einiges Papier und wieder darauf einen Bund kleiner Uhranhänger aus dem Wagen. Der Soldat verwies ihm dies, worauf Schelle ein Terzerl aus der Tasche zog und auf den Polizeisoldaten anschlug. Dieser hatte Geistesgegenwart genug, um durch einen raschen Schlag auf die Hand des Gegners die Schubrichtung von sich abzuhalten. In demselben Augenblicke aber entlud sich die Pistole, und der Schuß fuhr zwischen den Füßen des Polizeisoldaten in das Wagenpolster. Hierauf packte der Polizeisoldat den Fremden an der Schulter und drückte ihn in die Wagenecke. Diesem aber gelang es darnach, die rechte Hand frei zu bekommen und sich mittels einer zweiten Pistole vor dem Kopf zu schießen. Nun schaftete man den Selbstmörder in das allgemeine Krankenhaus, wo er um 12 Uhr Mittags verstarb, ohne nochmals zum Bewußtsein gekommen zu sein. Man fand bei ihm noch einen Dolch und zwei mit Gift gefüllte Fläschchen. Er war erst Sonntag in Wien angekommen; sein Name, Karl Friedrich Schelle, durfte nur angenommen, der richtige aber Alfred Baron K. sein. Die Kugel war in der Mitte der Stirn, hart über dem Nasenbein, in das Gehirn gedrungen.

\* **Aus Ungarn.** In Pesth war man am 14ten voll davon, es werde am 15. März eine große Demonstration stattfinden; man sagt, man wolle diesem Tage eine Charfiegephysiognomie verleihen, die Läden gesperrt halten, die Kirchen besuchen. Von den Parteiführern ist indessen die Mahnung erlassen worden, jede Provocation zum Einschreiten der Behörde sorgfältig zu vermeiden. Die Regierung selbst scheint besorgt, jeden Konflikt zu verhindern, und so erklärt es sich, daß sämtliche von der Polizeiwachmannschaft innegehabte Posten zurückgezogen und durch die städtische Trabantenwache ersetzt wurden. Abends brachten die Wähler dem Landtags-Abgeordneten Szilagyi einen Fackelzug. Zu Ehren Szalay's fand ein Banquet statt, bei welchem dem anwesenden englischen Gesandtschafts-Attachee, Herrn Dunlop, und später auch „den westmährischen Alliierten“ Toaste dargebracht wurden.

Nach den den wiener Blättern am 15ten zugekommenen (und telegraphisch weiter besörderten) Berichten aus Pesth war die Stadt bis gegen Mittag vollkommen ruhig, die Kaufläden waren offen, der Verkehr wie gewöhnlich. Alle Demonstrationen unterblieben auf Einwirkung der Stadtbehörde. Die Studenten haben eine Erklärung veröffentlicht, wonach sie jeder Demonstration entgegentreten wollen.

Dem „Wdr.“ geht die verlässliche Mitteilung zu, daß Se. Maj. der Kaiser, welcher für die Eröffnung des Landtages in Begleitung des gewöhnlichen Reisegefolges nach Oden kommen wird, vollkommen geneigt sei, die Sitzungen des in Oden zu eröffnenden Landtages gleich nach dessen Eröffnung nach Pesth übertragen zu lassen. — Im kais. Schlosse werden bereits die notwendigen Herstellungen mit grossem Eifer betrieben und müssen die Vorbereitungen für den Empfang des allerh. Reisegefolges bis 24. März beendet sein.

Die stuhlwiesenburger Wähler fragten beim Grafen Stephan Bathyany an, ob er, wie im J. 1848, auch jetzt geneigt wäre, sie auf dem Landtage zu vertreten, worauf der Befragte erklärte, die Wahl annehmen zu wollen, obwohl er eigentlich gesonnen gewesen wäre, seinen Sitz an der Magnatentafel einzunehmen, wo wahrscheinlich große Noth an freisinnigen Mitgliedern sein werde.

Das ziempliner Komitat dringt auf Beleidigung des ungarischen Militärs auf die Verfassung vor der Annahme der Kündigungsteile und hat diesen seinen Wunsch nebst mehreren andern als „Richtung gebend“ für seine Landtagsdeputierten zu Protokoll gegeben.

### Schweiz.

**Bern,** 11. März. [Der Landrat von Baselland.] Gestern war der Landrat von Baselland, von 15 seiner Mitglieder einberufen, in Liestal versammelt, um den im Großen Rath von Baselstadt von dem Rathsherrn Minder gestellten Antrag auf Wiedervereinigung beider Kantone zu berathen. Dieser Antrag des Friedens und der Versöhnung kann noch zu einem Trippel werden. Baselland will von der Wiedervereinigung nichts wissen. Nach einer langen Motivierung hat der Landrat folgende Erklärung unter dem Bravoruf des Volks auf der Tribüne, ein Ruf, der sich schnell bis in die Straßen der Stadt fortpropagiert, einstimmig zum Beschlusserhoben: „Ja, der Absicht, beschworene Pflichten zur Festhaltung der Verfassung, der Freiheit und der Rechte des Volks zu erfüllen, erklärt der Landrat im Namen des souveränen Volks: daß der Kanton Baselland zu einer Wiedervereinigung mit Baselstadt niemals Hand bieten, dagegen aber, so weit es von ihm abhängt, stets bestrebt sein wird, die guten Beziehungen der Freundschaft und des nachbarlichen Verkehrs mit Baselstadt nach wie vor in austrichtigen Treuen zu unterhalten.“ Dann stellt der Landrat an die Baseler das freundsgenosse Verlangen, die Frage der Wiedervereinigung behufs Erhaltung der gegenseitigen

heimlich da und dort noch droht, bis eines Morgens statt der Reaktion der Hunger, statt der Militärmacht der Banquier, statt der Verfassung die Gedankenlosigkeit an Thür und Thot pochen würde. Es muß wohl fortgegraben werden an diesem Herculanum und Pompeji, bis wir an den constituirenden Reichstag, an die Oktobertage, an den revolutionären Gemeinderath, an diesen letzten Hasentanz und letzte Grillenschattenpantomime verkantter Loyalität kommen, um zu begreifen, daß uns in Österreich nur Eines hilft, der Mut — nernünftig und die Vernunft — frei zu sein. — Es ist in diesen Tagen ein stiller Mensch durch den Kunstverein und seine bunten Bilder gegangen. Beim Eintritt hat er mit österreichischem Papiergebärd gezählt und dann alle Bilder genau besehen, die hochmütigen Portraits der Aristokratie, die weltlichen Feldherrnsichter, die Leisig'sche Landschaft, auf welcher Mensch und Thier der Natur demütig aus dem Wege geht und dann ist er bei Oncomo Aristides: Blumenmädchen im Bettlerkleide stehen geblieben und sagte zu ihr: „Sei mir gegrüßt du Königsbraut der Zukunft!“ — Ratzen Sie auf keinen Narciss. Es war einfach ein Beamter aus dem Bankgebäude, der lange und oft zusah, wie schnell man Tausendguldenzettel mache. Seitdem ist der Mann nachdrücklich und traurig und kann die Bettler nicht mehr vertragen, weder die künstlichen malten, noch die wirklichen, verhungerten. —

Der Lorberkrantz, welcher der Königin Marie, Gemahlin Franz II., in Anerkennung ihrer heldenmütigen Haltung in Gaeta von deutschen Fürstinnen überreicht werden soll, ist vollendet, und, wie berichtet wird, höchst geschmackvoll gearbeitet. Auf der Schleife des Kränzchens ist in blauer Emaille die Inschrift: Gaeta. Die Namen der dreiunddreißig fürstlichen Geberinnen (von bairischen Prinzessinnen finden wir keine darunter) sind im Kränzchen angebracht. — Im Fauburg Saint Germain sammeln die vornehmsten Damen Geld zu einem Geschenke an die Königin von Neapel. Dieses Geschenk soll in einem Koffer bestehen, dessen vier Seiten in Reliefs die Hauptzüge der Belagerung von Gaeta darstellen sollen, in denen sich die Königin ausgezeichnet hat: ihr Auftreten hinter den Batterien, ihre Pflege der Kranken in den Lazaretten u. s. w. Je nach der eingegangenen Summe soll das Material zu dem Koffer kostbar werden.

Freundschaft ein- für allemal fallen zu lassen, und droht allfälligen Umtrieben, welche die Ruhe und Ordnung stören könnten, mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln entgegen zu treten. Werden die Bäseleer diesem Verlangen auch nachkommen? — Wie ich heute höre, ist die Einberufung der Bundesversammlung für Mitte April in Aussicht gestellt. Eine neue Tractande ist von Oberst Ziegler aus Zürich angezeigt: ein Antrag auf Erteilung einer Generalamnestie für die aus den italienischen Kriegsdiensten heimkehrenden schweizer Soldaten. Die Annahme dieses Antrages ist insofern von Bedeutung, als er die Canone aus einer schiefen Stellung gegenüber dem Bunde reist. Bekanntlich hat der Bundesrat erst vor einigen Wochen in einem Kreis schreiben von ihnen strenge Handhabung des Werbegesetzes verlangt. Bis jetzt haben sie aber wenig Lust gezeigt in Betreff der in Folge der letzten italienischen Ereignisse aus fremdem Kriegsdienste nach ihrer Heimat zurückkehrenden Schweizer diesem Verlangen nachzukommen. Bei der Masse der Heimkehrenden ist das auch ganz natürlich. (Magd. 3.)

Den 12. März. [Professor Hildebrand.] Da man von Bern aus selbst den Telegraphen benutzt hat, um die Flucht des Professors Hildebrand und seine steckbriefliche Verfolgung nach allen Seiten hin auszuschreiben, als ob man die Ehre eines Mannes nicht schnell genug vernichten könnte, so halte ich es für meine Pflicht, Ihnen auch so schnell als möglich die Mittheilung zu machen, daß Professor Hildebrand laut der „Eidgenössischen Zeitung“, einem Blatte, das ihn gerade mit am heftigsten verfolgt, gestern Abend freiwillig nach Bern zurückgekehrt ist und der zur Prüfung der Ostwestbahn-Angelegenheit niedergesetzten Großerathscommission ein Memorial zu seiner Rechtfertigung eingereicht hat. Nur um dieses Memorial mit Mühe ansarbeiten zu können und sich selbst etwas zu sammeln, hatte hr. Hildebrand für einige Tage Bern verlassen. (Magd. 3.)

### Franreich.

Paris, 13. März. Die Nachrichten von einer entdeckten Conspiration, die gestern durch ganz Paris gingen und an der Börse schon vorgestern bekannt waren, haben die letztere sehr beunruhigt. Die Polizei hat eine Razzia im großen Stil der 50er Jahre vorgenommen. Außer Blanqui wurde Senigne, ein kommunistischer Drechsler, alter Verschwörer und schon aus den Junitagen von 1848 bekannt, verhaftet, mit ihnen aber 50 bis 60 andere Personen, großenteils Handwerker. Etwa die Hälfte der Verhafteten ist wieder frei; gegen die übrigen wird noch procedirt. Sie stehen im Verdacht, eine Verschwörung gegen das Leben des Kaisers unterhalten zu haben. In den Tuilerien soll die Entdeckung des Complots eine um so größere Unruhe hervorgerufen haben, als man fürchtet, die Andeutungen eines Redners im gesetzgebenden Körper könnten mit dem Ereignis in Verbindung gebracht werden und dieses als eine Bestätigung gelten. Und es läßt sich nicht leugnen, die römische Frage hat in den Departements eine Bewegung erzeugt, die der Regierung nicht gleichgültig sein kann. Die Mandements der Bischöfe haben eine Wirkung, welche durch das gerichtliche Schauspiel, das man aufzuführen beabsichtigt, ebenso wenig als durch das Circular v. Persigny an die Präfekten zu beseitigen sein wird. (Bank- u. H.-3.)

Paris, 13. März. [Zur Tagesgeschichte.] Herr Verrier hat sich nach Aix begeben, um für Franz II. gegen Piemont in einer Appellsache zu plädieren. Während der Belagerung von Gaeta ließen zwei bourbonische Schiffe in den Hafen von Marseille ein. Die piemontesische Regierung beanspruchte diese Schiffe als dem Staate Neapel gehörend und wurde schließlich klagbar. Das Gericht wies den Anspruch zurück, da Franz II. noch immer Herr eines Theiles von Neapel sei. Hiergegen hat die turiner Regierung appelliert und man erwartet den Ausgang mit einiger Spannung. Das soeben erschienene halboffizielle „Annuaire Diplomatique“ führt nicht mehr die Rubriken Parma, Toskana und Modena, wohl aber noch die Rubrik Beide Sizilien. — Heute wurde die Adressdebatte im gesetzgebenden Körper fortgesetzt. Herr Keller, Deputirter des Elsaß, wie Herr Kolb-Bernard, nahm zuerst das Wort; er ist jung und wurde bisher wenig beachtet, erwies sich aber bald als der einzige wirkliche Redner, den die klerikale Partei bisher gestellt. Obwohl über den Kampf zwischen Religion und Revolution nicht viel Neues mehr zu sagen blieb, fesste er doch die gespannte Aufmerksamkeit der Versammlung bis zum Schlusse. Besonders drastisch wirkte ein Citat aus dem seiner Zeit im „Monit.“ veröffentlichten Testamente Felix Orsinis, und die Ausführung, daß der Kaiser sich genau an diesen leichten Willen des Hingerichteten gehalten. Bei allen Berufungen an die Leidenschaft bewahrte Herr Keller eine unerschütterliche Ruhe, und ging vor Allem mit einer unerbittlichen Logik vorwärts; er empfing zuletzt die lebhaften Glückwünsche seiner politischen Freunde. — Die Rede des Herrn Gouin wird nachträglich, wo man sie im „Moniteur“ vor sich hat, besser gewürdigt, als im gesetzgebenden Körper, der ausschließlich der italienischen Frage seine Interesse zuwendet. Die Thronrede hatte bekanntlich verheißen, daß das Budget ohne neue Steuern und ohne neue Anleihen sich doch „im Gleichgewicht“ befinden solle, obschon man auf 90 Millionen Jahres-Einkünfte habe verzichten müssen. Herr Gouin hat nun untersucht, wie es mit diesem Kunststück zugeht. Was heißt Gleichgewicht des Budgets? Das nur Einnahmen und Ausgaben sich gegenseitig aufwiegen? Vielmehr müssen vor Allem die Einnahmen denselben Charakter der Städtigkeit haben wie die Ausgaben, dürfen nicht der Zukunft aufgebürdet werden und müssen wirklich ausreichend sein. Herr Gouin erinnerte nun aber daran, daß nicht nur in der letzten Session eine neue Steuer von 24 Mill. bewilligt, sondern seitdem auch die Tabaksspreise um ca. 33 Mill. erhöht wurden — um das Gleichgewicht des Budgets zu erzielen. Außerdem wurden zu gleichem Verhufe in's Budget aufgenommen: 1) ca. 35 Mill. aus dem zweiten Kriegs-Decime, welcher 1855 nur auf zwei Jahre bewilligt wurde; 2) 98,903,413 Frs. aus dem Amortisationsfonds — 3) 38,608,602 Fr. für durch die Amortisation zurückgekaufte Rente — im Ganzen 137,512,015 Fr. Diese 3 Summen bilden schon mehr als 200 Mill. oder (mit Auschluß der rückgekauften Rente) 170 Millionen, ohne welche das Budget von 1862 statt im Gleichgewicht mit einem namhaften Defizit abschließen würde. Aber man kommt dem Budget auch noch durch andere Mittel zu Hilfe; man vertheilt die 170 Mill. Eisenbahn-Subvention in Jahresthälften von 13,852,000 Fr.; von den 212 Mill., über welche die Militär-Dotationskasse verfügt, sind 42 an der Börse angelegt und die anderen 170 der Staatskasse gegen Renten überwiesen. Endlich enthält das Budget für 1861 abermals 2,893,801 Frs. neuer 3prozentiger Rente — ein hinlänglicher Beweis, daß es des öffentlichen Credits bedarf, um das Budget in's Gleichgewicht zu bringen. Sodann prüfte Gouin die schwedende Schuld, die 1860 schon 750 Mill. betrug und durch die 40 Mill. Darleihen an die Industrie, durch 60—70 Mill. für die chinesische und die syrische Expedition vermehrt werden wird. Dazu tritt noch die schwedende Schuld der Stadt Paris (48 Mill.), die der Depositenkasse (ca. 48 Mill.). Auch der Credit Foncier kann 40 Mill. vom Staate zurückfordern, wenn er will. Herr Gouin rekapitulierte sodann das progressive Anwachsen der Staatschuld, die 1813 nur 63 Mill., 1847 175 und heute mehr als 317 Mill. beträgt. Dies, meinte er, sei eine gefährliche Bahn, die enden müsse, wenn man auf ihr fortfahre. In den Mitteln, Ende zu machen, hat man nur geringe Wahl; neue Steuern

finden unmöglich, nur Sparsamkeit kann abhelfen, und um hierüber die nötige Kontrolle zu üben, reicht die dem gezeigenden Körper eingeräumte Befugnis, das Budget anzunehmen oder es zu verwerfen, nicht aus. — Die „Patrie“ ist jetzt ermächtigt, ausdrücklich zu erklären, daß der Prinz Napoleon nicht nach Italien gehen werde. Man meint hier, daß die Reise des durch seine Rede sehr populär gewordenen Prinzen in Italien wahrscheinlich als das Signal zu Bewegungen gegen die weltliche Macht des Papstes angesehen und benutzt werden wäre. Der Kaiser hat daher Einpruch gethan, um vollkommen freie Hand zu behalten. — Der Minister des Innern, Herr v. Persigny, hat in einem sehr vertraulichen Circular und namentlich im Hinblick auf die römische Frage die Präfekten zum Bericht über die in den Departements herrschende Stimmung aufgefordert. Die große Mehrzahl der Präfekten sprach sich, im Gegensatz zu gewissen Anspielungen im Senate und im gesetzgebenden Körper, dahin aus, daß die Masse der Nation in dieser wichtigen Frage für die Regierungs-Politik gegen den Klerus Partei nehme und daß ein Abzug der französischen Truppen von Rom nur günstig für die kaiserliche Sache bei etwa vorzunehmenden neuen Deputirten-Wahlen wirken könne.

— Herr Cadoudal protestirt in der „Union“ gegen die Behauptung des Prinzen Napoleon im Senat, daß sein Onkel, der bekannte Georges Cadoudal, als Mörder und Urheber des Attentats der Höllenmaschine verurtheilt und hingerichtet worden sei. Herr Cadoudal hat vollkommen Recht; Cadoudal war jenem Attentate, das im Jahre 1800 stattfand, ganz fremd, und dies ist so wahr, daß im Jahre 1802 der Consul Bonaparte ihm den Antrag mache, als General in seine Dienste zu treten, ein Antrag, der zurückgewiesen wurde. Die Verhaftung und Verurtheilung Cadoudals geschah im Jahre 1804, und zwar in Folge der Entdeckung seines Planes, an der Spitze von 50—60 Männern aus der Vendée den ersten Konjunkt zu entführen. Niemand hat bei dieser Geschichte das Leben verloren, als Cadoudal selber, welcher wegen Hochverrats verurtheilt und hingerichtet wurde. Der Prinz hat sich daher eine Unwahrheit zu Schulden kommen lassen, als er, um Cadoudal mit einem Wörter darzustellen, sich zum Echo der längst widerlegten Verleumdung mache, Cadoudal sei der Anführer und Mithilfsliebende des Attentats vom Jahre 1800 gewesen, bei dem viele Personen zu Grunde gingen. Es ist wahr, daß die Restaurierung die Familie Cadoudals in den Weltstand erhob, aber es ist nicht wahr, daß das, wie der Prinz behauptete, eine Belohnung für das Attentat vom Jahre 1800 war, an dem Cadoudal, wie gefaßt, nicht im entfernsten beteiligt war; Ludwig XVIII. wollte dadurch die Hingabe des Mannes anerkennen, der ihm seine ganze Christen gepflegt hatte und der, welches auch der Parteistandpunkt, von dem man ihn beurtheilt, sein mag, eine der interessantesten und ritterlichsten Erscheinungen in den Revolutionstrümmern war. Die republikanischen Generale, welche ihn mit den Waffen in der Hand befaßt mussten, namentlich der vor treffliche Hoche, sprachen mit der größten Achtung von ihm, und es kann seinem Ansehen im Grunde nur zur Ehre gereichen, daß es vom Prinzen Napoleon verleumdet wird. Es kennzeichnet übrigens unser Regime ganz genau, daß der „Moniteur“ den Brief des Neffen Cadoudals nicht aufnehmen durfte, obgleich das Schreiben nichts Beleidigendes enthielt. Hätte Herr Cadoudal das Zeug von seinem Onkel, so würde er den Prinzen Napoleon als neues Mitglied des Senats ganz einfach wegen Diffamation eines Verwandten gerichtlich verfolgen, denn bekanntlich hat auf Anlaß der Regierung der Cassationshof den Schutz der Diffamations-Gesetzegebung auch auf die Verstorbenen ausgedehnt.

### Großbritannien.

London, 13. März. [Unterhaus.] In der gestrigen Sitzung des Unterhauses zeigt Thom. Duncombe die Abicht an, nach den Weisungen zu fragen, die Sir Rich. Mayne (Oberster Polizei-Kommissarius) in Bezug auf die für Kossuth angefertigten ungarischen Papiergulden erhalten hat; und mit welchem Rechte die Polizei die Herren die Herren Dan aufgefordert habe, den Druck der Noten einzustellen? — Th. Duncombe beantragt ferner die Resolution, daß es Pflicht des Hauses sei, ohne Zeitverlust die Reform der Volksvertretung, die unter William IV. begonnen worden, vollends auszuführen. Bright sagt, die Resolution wäre, wenn sie durchginge, wertlos, da Niemand den Reformgläubigen des Premiers oder seinen Kollegen das geringste Vertrauen schenken würde. Darauf nimmt Duncombe seinen Antrag zurück. — Bright beantragt die Resolution, daß ein legislatives Einschreiten der Regierung in Sachen des Eisenbahnverkehrs wünschenswert sei. Die Kommissionen unterliegen es fast alle, die von Comite's und Jacobsmännern eingesprochenen Vorrichtungsregeln einzuführen, und sollten dazu von rechtswegen angehalten werden können. Mehrere Mitglieder, darunter der Eisenbahndirektor Thompson, suchen den schädlichen Einfluß amülierter Einmischung in Privatunternehmungen zu schützen und weisen nach, wie das Privatinteresse dem Compagnien die beste Bürgschaft des Publitums sei. Milner Gibson (Handelsamt) sagt, als besten Schutz habe sich die Lord Campbell'sche Akte bewährt, welche die Compagnien zur Zahlung von Entschädigungsgegenwerten an die auf Eisenbahnen Berufenden zwingt. Haliburton meint, gelegentlich einen Eisenbahndirektor wegen straflicher Nachlässigkeit aufzuhängen, wäre vielleicht noch wirksamer als eine Geldbuße, die sich auf die Alltäglichkeit verheilt. Schließlich nimmt Bright seinen Antrag zurück. — Oberst Sykes bespricht die dem Hause vorgelegten Anträge über die Ereignisse in Shanghai und fragt den Staatssekretär des Auswärtigen, welche Politik in Zukunft gegen die Taipings oder die nationale Partei in China befolgt werden soll? Lord John Russell erwidert, daß Mr. Bruce und Mr. Meadowes mit vollem Recht den Angriff der Taipings hörten auf die Stadt Shanghai zurückzuschlagen. Die Religion der Taipings sei eine göttlästerliche Parodie auf das Christenthum; in der That seien sie ärgere Götzendienner als die chinesischen Buddhisten. Die englische Regierung werde zwischen den Taipings und den Kaiserlichen eine vollkommen neutrale Haltung beobachten.

### Dänemark.

Kopenhagen, 12. März. [Die skandinavische Politik.] Die Sprache der ministeriellen Organe läßt deutlich erkennen, daß das Kabinett sich nicht mehr sicher fühlt und daß namentlich die Blixen-Hinecke'schen Entschlüsse Hrn. Hall in der öffentlichen Meinung sehr geschadet haben. Zu seiner Vertheidigung läßt der Conseil-président in einem von ihm inspirierten Organe zu verstehen geben, daß es mit den schwedischen Allianznerbietungen eine eigene Verhandlung gehabt habe, indem dieselben allerdings vom Könige, aber allem Anschein nach ohne Wissen und Willen der schwedischen Regierung ausgegangen seien. Nach den Andeutungen des Hall'schen Organs scheint der Admiral Virgin, der vom Frühjahr 1857 bis vor dem Ausbrüche des italienischen Krieges hier als schwedischer Gesandter fungirte, mehr der Briefträger seines Königs, als der Gesandte seiner Regierung gewesen zu sein; wenigstens soll Graf Manderström sich gegen den dänischen Gesandten in Stockholm ganz befremdet über verschiedene Auslassungen Virgin's gezeigt haben. Wie man sich erinnern wird, hat in der That „Fädreländet“, dessen Redakteur, wie man sagt, mit dem Könige von Schweden, in Correspondenz stehen soll, bei verschiedenen Gelegenheiten den Grafen Manderström sehr heftig angegriffen und u. a. darauf hingewiesen, daß zwischen ihm und dem Frhnn. v. Schleinitz persönliche Beziehungen beständen, welche für Dänemark sowohl, wie für die skandinavische Politik überhaupt von sehr bedenklichem Einfluß seien. Eine Zeit lang, und zwar kurz vor dem Lager bei Bonarp, lief auch bereits das Gerücht um, daß der Sturz des Grafen Manderström entschieden sei. Die Stellung derselben erwies sich jedoch fester, als man geglaubt hatte, und vielleicht war das Erscheinen des Grafen v. Manderström im Lager von Bonarp, wo er sich, wie ich glaube, nur einen Tag lang aufhielt, die Ursache, daß der damals von Hrn. Hall dem Könige von Schweden vorgelegte Vertragsentwurf ein totgeborenes Kind geblieben ist. — Graf Manderström genießt wegen seiner diplomatischen Fähigung in Schweden ein außerordentliches Ansehen und seine Befestigung dürfte schon deshalb nicht leicht herbeizuführen sein. Der skandinavischen Richtung, wenigstens wie dieselbe in „Fädreländet“ ihren Ausdruck findet, hat er schon, als er noch Sekretär des Königs Oskar war, Opposition gemacht. — Der König hat vorgestern dem Gesetzentwurf wegen Herstellung verschiedener Eisenbahnen durch Fähnen und Süßland bis an die schleswigsche Grenze, wie derselbe von dem dänischen Reichstage in der letzten Session angenommen worden,

seine Sanction ertheilt; doch ist in den Kontakt mit Sir Morton Petro eine besondere Klausel für den Fall, daß Dänemark demnächst in Krieg gerathen sollte, aufgenommen worden. Nichts desto weniger behauptet die „Berlingske Tidende“ heute, daß man sich aus der Sanctionirung des Gesetzentwurfes in Tøhøe aufs klarste überzeugen könne, wie aufrichtig die dänische Regierung den Frieden wolle. — In den letzten Tagen sind mehrere Kompanien Pionniere, theils Holsteiner, theils Dänen nach Kiel abgegangen, um von dort weiter nach Schleswig befördert und zu den Schanzarbeiten verwendet zu werden. Diese Thatsache hat vielleicht etwas mehr Beweiskraft, als die Argumentation der „Berlingske Tidende“. (Magd. 3.)

### Provinzial - Zeitung.

Breslau, 16. März. [Tagesbericht.]

† [Kirchliches.] Morgen werden die Amts predigten gehalten von den Herren: Pastor Girth, Lector Schröder, Propst Schmeidler, Pastor Faber, Kand. Wagner (11,000 Jungfrauen), Oberprediger Reichenstein, Eccl. Kutta, Pred. Dondorf, Cramin, Beer (bei St. Christopheri), Pred. David, Eccl. Laffert, Amtstagsprediger Pfizner (bei Bethlehem).

Nachmittags 9 Uhr Predigten: Subienor Herbstein, Dia. Weingärtner, ein Craminand (bei Bernhardin), Kand. Schiedenitz (Hofkirche), Pred. Hesse, Pred. Mörs, Pastor Staubler, Pred. Ehler.

Pässionspredigten. St. Elisabet: Lector Barth, Mittwoch 2 Uhr, Dia. Neugebauer, Freitag 2 Uhr. — St. Maria Magdalena: Konzistorialrat Heinrich, Mittwoch 2 Uhr, Dia. Dr. Gröger, Freitag 2 Uhr. — Bernhardin: Propst Schmeidler, Mittwoch 2 Uhr, Senior Dietrich, Freitag 2 Uhr. — Hofkirche: Pastor Faber, Donnerstag 9 Uhr. — 11,000 Jungfrauen: Pred. Hesse, Mittwoch 2 Uhr. — Barbara: Eccl. Kutta, Mittwoch 8 Uhr. — Christopheri: Pastor Staubler, Mittwoch 8 Uhr. — St. Trinitatis: Pred. David, Dienstag 8½ Uhr; (in der Trinitatiskirche); Eccl. Laffert, Mittwoch 8 Uhr. — Armenhaus: Donnerstag 8 Uhr.

XX Die kirchliche Feier des Geburtstages Sr. Maj. des Königs wird nächsten Freitag (den 22.) in der Magdalenen-Kirche mit der Woehenpredigt verbunden, in den anderen Kirchen aber um 9 Uhr Vormittags durch liturgischen Gottesdienst begangen werden. — In den Unterrichts-Anstalten finden feierliche Schulakte in bisher üblicher Weise statt. — Unsere Ressourcen feiern den Tag durch hervorragende musikalische Aufführungen, mit denen Rede-Akte verbunden sind, in denen der Bedeutung des Tages gedacht wird. Alle übrigen Corporationen, Beamten- und andere Kreise vereinigen sich zu gemeinschaftlichen festlichen Diners. Die Zahl dieser Diners und Soupers ist so groß, daß eine sehr hervorragende Corporation von Abhaltung eines solchen abstrahieren mußte, weil — für diesen Zweck kein geeignetes Lokal zu beschaffen war. — Das heilige Bürgerschützen-Corps, welches statutennäßig den königl. Geburtstag als seinen bedeutendsten Festtag feiert, pflegt regelmäßig ein großes Prämien- (Königs-) Schießen ic. an diesem Tage zu veranstalten. Da jedoch diesmal der königl. Geburtstag tief in die Fastenzeit fällt, hat man von dieser Feierlichkeit Abstand genommen und wird sich zu einem solnen Abendbrod in der Schießwerder-Halle vereinigen. Das verlobene Königschießen soll aber später, wahrscheinlich im Mai, nachgeholt, und falls die Umstände günstig, ein großes Provinzial-Prämienchießen damit verbunden werden.

— Das Voredain-Denkmal ist vollendet und kann während der nächsten 14 Tage im Atelier des Herrn Pausenberger, Tauenienstraße Nr. 20, in Augenschein genommen werden. Das Monument besteht in einem Marmor-Crucifix auf angemessenem Sockel, der an der Vorderseite die bishörlichen Insignien, Bischofsstab und Mitra nebst einem Palmzweige, in balzbare Arbeit vergoldet, auf den übrigen Säulen und Todestag anzeigt. Dr. Pausenberger, früher am thölner Dombau und an der Nikolaitkirche in Hamburg thätig, hat in diesem Denkmal ein treffliches Meisterstück geliefert. Nach dem oben angezeigten Termin wird das Monument nach Pleß geschafft und auf dem dortigen Hedwigs-Kirchhof, wo selbst der veremigte Weißbischöf seine letzte Ruhestätte fand, aufgestellt.

— [Militärisches.] Heute Vormittags ward auf dem Palais-Platz die erste der Frühjahrsparaden abgehalten. Die Truppen waren vom Generalkommando-Gebäude bis zum Ständehause in Linie aufgestellt, und zwar die Bataillone des 2. schlesischen Grenadier-Regiments (Nr. 11) auf dem rechten, die Bataillone des 3. niederschlesischen Infanterie-Regiments (Nr. 50) auf dem linken Flügel. Um 11 Uhr erschien Se. Excellenz der kommandirende General und General der Infanterie Herr v. Lindheim, und schritt in Begleitung einer zahlreichen Suite unter dem Präsentiren der Mannschaften die Fronten entlang. Hierauf erfolgte einmaliger Vorbeimarsch in Compagnienfronten und demnächst Ausgabe der Parole. Nach der Parade, welche der Brigade-Commandeur, Herr Generalmajor v. Plöß kommandirt hatte, wurden die vier Bataillonsfahnen mit Musik in die Wohnung des Divisions-Commandeurs, Herrn Generalmajors Grafen v. Orlolla gebracht. Ein bedeutendes Publikum wohnte auf der Rampe des königlichen Palais und in der Umgebung des Platzes dem militärischen Schauspiel bei, das vom Wetter ziemlich begünstigt ward.

Der breslauer Frauen- und Jungfrauen-Verein für die Gustav-Adolph-Stiftung hielt am 27. v. M. im Saale des Magdalenen-Gymnasiums seine Jahresversammlung. In derselben wurde vom Vorsitzenden, Senior Penzig, der Jahresbericht mitgetheilt: es ergab sich, daß sich die Gefanmennahme des Vereins, eingerechnet den Bestand aus dem Jahre 1859, auf 593 Thlr. 18 Sgr., die Gefamtausgabe auf 301 Thlr. 28 Sgr. 6 Pf. beliefen habe, so daß ein Bestand von 288 Thlr. 19 Sgr. 6 Pf. verblieb. Unterstiftet worden waren 1860 die Gemeinden Landsberg O.-S. mit 20 Thlr., Michelstorf bei Landeshut mit 30 Thlr., Guttentag bei Rosenburg mit 20 Thlr., Hermannseifen bei Arnau in Böhmen mit 40 Thlr., Bojanowo mit 30 Thlr. 10 Sgr., Ober-Glogau O.S. mit 30 Thlr., Ludwigsthal bei Woschnitz mit 20 Thlr., Sohrau O.S. mit 30 Thlr., Neurode mit 10 Thlr., Kaiserswerth (für böhmische Waisen) mit 20 Thlr., Ziegenhals und Adelnau je mit 20 Thlr. In sieben dieser Fälle war die Unterstützung für arme Konfirmanden bestimmt, in zweien für die Ausstattung von neuerrichteten Diaspora-Schulen mit den notwendigen Utensilien, in einem für Beschaffung eines Abendmahlstisches nebst Patene und Auskönnung eines Altars, in einem für Erziehung armer Waisen evangel. Geistlicher u. Lehrer in Böhmen, in einem für einen sehr bedrängten Geistlichen in demselben Lande. Der Vorsitzende sprach es aus, wie der Verein Gott danken müsse für die Hilfe, die er bisher den Bestrebungen derselben habe zu Theil werden lassen, und bat ihn um seinen ferneren Bestand. Hierauf wurden fünf Dankesbriefe verlesen und sechs neue Bittgesuche berathen, von denen jedoch nur vier konnten berücksichtigt werden. — Darauf stand die Vorstandswahl statt, bei der der bisherige Vorstand einstimmig von Neuem gewählt wurde. Ein schönes alterthümliches Täuschen, welches der Verein an diesem Tage durch Frau Kirchenvorsteher Rudolph von Kräulein Claus zum Geschenk erhalten hatte, konnte alsbald zu seiner Bestimmung vermeldet werden, da eine Bitte um ein solches vorlag. Den verehrten Redactionen der Breslauer wie der Schlesischen Zeitung wurde der Dank des Vereins ausgesprochen für die Bereitwilligkeit, mit welcher dieselben alle die Vereinsangelegenheiten betreffenden Annalen die Güte gebaut hatten unentgegnet in die Spalten ihrer Blätter aufzunehmen. Möge die Heilnahme an den Versammlungen in diesem Jahre mit jedemmal wieder steigen, und Gott seinen Segen, wie bisher so auch ferner auf die gewiß nichts Ueberflüssiges bezwiegende Thätigkeit

# Erste Beilage zu Nr. 129 der Breslauer Zeitung. — Sonntag, den 17. März 1861.

Mit dem Wiederaufstehen der Frau Virginie Troost-Blennow scheint den Cirkus in der Bernhard'schen Reithalle auf der Tauenstrasse ein neuer Glückschein ausgegangen zu sein. Die sonst spärlich besetzten Räume waren an den letzten Abenden ziemlich gefüllt, und die Vorstellungen fanden beifällige Aufnahme. Besonders aber wurde die genannte Künstlerin mit wiederholtem Applaus begrüßt und nach ihren graziden Productionen lebhaft gerufen. Heute producirt sich zum erstenmale die wunderbare „Feuerkönigin“, oder sogenannte „Unverbrennbar“. Es ist nur zu wünschen, daß der Cirkus bei den jetzigen Witterungsverhältnissen sich auch ein Palliativ gegen die Kälte aneigne.

# Gestern Morgen hätte sich in einem Hause der Schweidnitzer-Vorstadt bald ein schreckliches Unglück ereignet. Die etwa 6jährige Tochter eines hiesigen Einwohners, welche mit ihrem Geschwister und der Mutter in einem Zimmer schlief, stand, als der Tag graute, unbemerkt auf und nahm die noch brennende Nachtlampe vom Tische. Sie fing nun auf der Erde mit den neben der Lampe noch zufällig befindlichen Zündhölzchen zu spielen an, indem sie dieselben von Neuem in Brand setzen wollte, und kam bei dieser Gelegenheit mit der leichten Nachtsleidung der Flamme so nahe, so daß sie in Brand geriet. Mit brennendem Jäckchen lief sie schreiend zur Mutter, welche davon erwachten, mit großer Geistesgegenwart das Kind sofort in ihre Arme drückte und die Flammen erstickte. Dem Kind ist dabei fast nichts geschehen; die Mutter hat sich indes nicht unerheblich die rechte Hand bei dem Rettungsversuche verbrannt.

=bb= Vor einigen Tagen wurden dem Schankwirth Wagner in Grün-eiche durch einen gewaltigen Einbruch des Stalles sämtliche Hühner gestohlen. Man hat zwei Individuen in Verdacht, die sich überhaupt nicht des besten Rufes erfreuen. Als wenige Tage darauf sich hr. Wagner zufällig in dem Kreischaum des Dories befand, erschienen die Brüder S., suchten mit W. Händel und insulitzen den selben vielfach. Anwesende Schwarzviehhändler nahmen den ic. Wagner in Schutz und begleiteten ihn bis fast an seine Bebauung. Im Vertrauen, daß ein fernerer Schutz unnötig sei, entfernten sich die Begleiter, doch wenige Secunden darauf wurde Wagner überfallen und lebensgefährlich mishandelt. Die Thäter entsprangen, jedoch ist die Unterjuda eingeleitet.

Wie die „Pr. Ztg.“ berichtet, sind zu den Erdarbeiten für den Bau der neuen Eisenbahn Bute-Kreisener viele Arbeiter aus der Provinz Schlesien engagiert. Ein Theil derselben traf bereits gestern Morgen in Berlin ein und ging dann mit dem Bahnzuge nach Kreisener weiter.

Breslau, 16. März. [Diebstähle] Gestohlen wurden: Messergasse Nr. 18/19, ein hundsmusterter wollener Frauenoberrock, mit grauem Kittel gesutert, ein wattiertes Jäckchen von demselben Stoff und Futter, ein großes wollenes dunkles Samtstück mit zwei rothen Streifen an den Rändern, ein altes rothkarriertes wollenes Umhangstück, ein blau und gelbgedrehtes Halstuch, zwei Pellerinen von schwarmem Merino, ein Paar dergleichen Armerel, eine schwarze Sammet-Pellerine, ein Oberbett mit roth und weißgestreitem Inlett und roth und weißgestreitem Überzug, ein der gleichen Kopftücher und ein blau gestreiftes Unterbett-Inlett; Ring Nr. 1 ein Knabenmantel von grauem Tuch, mit grauhaarigem Futter und Messingknöpfen; Ring Nr. 7 ein Paar kalblederne Herrenstiefeln, Ring Nr. 60 ein Paar lederne Herren-Gamaschenstiefeln, ein einzelner Damen-Zugstiel und ein einzelner Damensstiefel von lachtem Leder; Friedrich-Wilhelmsstraße 71 ein Kinderwagen, dessen Räder mit Eisen beschlagen; kleine Groschengasse Nr. 23 ein Paar grau und weiß rarrte Tuchboote, eine dergleichen Weste, ein Oberhemd, gez. E. H., vier neue bunte Schnupftücher, gez. E. H. 1, 4, 5 und 6, eine Hutbüste und eine Cigarettenjahe mit Portemonnaie und circa 10 Thlrn. Inhalt; Kirchr. 25 18 Stück bunte Rohrstähle. (Pol.-Bl.)

○ Görlitz, 16. März. [Gewerbefrage-Streit.] Die gegenwärtige Frage über Gewerbefreiheit oder Gewerbezwang sängt bei uns an sehr unangenehme Auswüchse zu bekommen. Die Gewerbetreibenden haben sich in zwei Lager getheilt und führen in den Lotablätttern einen erbitterten Kampf gegen einander. Wäre derselbe rein sachlicher Natur, so daß die Parteien das Pro und Contra dabei abwägen könnten, so hätte dieser Kampf doch noch einen Sinn. So aber ist, wenigstens einerseits, der Streit ein rein persönlicher geworden, und dabei kann nicht viel Gutes herauskommen. Sehr belästigend ist es, daß die bekannten 15 Petenten im blinden Eiser für ihr abgenutztes Motto: „Das Alte ist gut zu behalten“, so weit gehen, einen von der ganzen Einwohnerchaft geachteten, verdienstvollen Lehrer der Gewerbeschule, Herrn Ingenieur Wernicke, zur Sichttheit ihrer Anhänger zu machen. Jedermann weiß, welche Verdienste Herr Wernicke um den hiesigen Gewerbestand sich bereits erworben und wie warm die Interessen derselben ihm am Herzen liegen. Das Herr Prüfer und Conforten sich zu diesem Bewußtsein nicht erheben können, ist gewiß nur ihre eigene Schuld; wenn sie aber sich als die Rathgeber des Herrn Wernicke gerieren und ihm sagen: „er solle sich um seine Schulstube und nicht darum bekümmern, ob das Handwerker-Geschäft intelligent betrieben würde“, so liegt in diesem Rath sein eigenes Gericht. Herr Wernicke, als Lehrer der Gewerbetreibenden, soll sich also um die Intelligenz derselben unbekümmert lassen! — Wir raten diesen Herren, das dem Herrn Wernicke zugereichte Sprichwort: „Schuster bleib bei Deinem Leisten“, so selbst einmal bei recht ruhigem, klaren Wetter zu überdenken, vielleicht kommen sie dann zur Einsicht, daß dieses Sprichwort ihnen am meisten Noth thut, um das größere Publikum nicht länger mit den Übungen ihrer journalistischen Weisheit zu incommodiren.

In diesen Tagen geht von hier eine Danck.-Adresse an den Abgeordneten Waldecker.

e. Löwenberg, Mitte März. Zur Unterstützung und im Interesse der hiesigen Arbeiter-Klasse ist seitens des hiesigen Magistrats ein Spar-Verein begründet worden. Das Kommando des hiesigen Fußl-Infanterie-Bataillons hat am heutigen Freitag Mittags das von der Commune neuerrichtete Wacht-Lotau auf dem Nieder-Ringe (Kornmarkt) übernommen. Das bisher benutzte Wacht-Lotau am Fuße des Rathsturmes ist 1786 erbaut worden und durch den bevorstehenden Abriss dieses baufälligen Gebäudes wird nunmehr, wie seit fast einem Jahrzehnt beobachtigt worden, unsere alte Stadt wiederum einen schönen Platz erhalten. — Zur heutigen Stadtverordneten-Sitzung wurden die Kosten zur Anschaffung von Helmen für die Executiv-Polizei-Beamten genehmigt; einem Bürger-Jubilarus eine Spende von fünf Thlr. bewilligt.

△ Neichenbach, 15. März. [Prämierung der Sonntagschüler.] Durch ein Gelehrten eines unserer Herren Landtagsdeputierten, wie durch freiwillige Beisteuer seitens mehrerer hiesiger Bürger war es möglich geworden, in unserer „Handwerker-Lehrlings-Fortbildungsschule“ die Vertheilung von Prämien einzutreten zu lassen. Dieselbe fand am 10. d. Mts. durch eine dazu ernannte städtische Kommission statt. Es wurden Prämien-Gegenstände an 15 Schüler, und zwar an 5 Tischler, 3 Schuhmacher, 2 Weber, 1 Konitor, 1 Klempner, 1 Büchsenmacher, 1 Kürschner und 1 Bäder vertheilt. — Die Prämien bestanden aus Handwerkzeug, Reißzeugen, Brieftaschen u. s. w. Sämtliche prämiierten Lehrlinge werden im laufenden Jahre Gesellen, und verlassen demnach die Sonntagschule.

ff. Kreis Namslau, 14. März. [Wiehmarkt.] — Naturgeschichtliche. Der im Laufe dieser Woche in der Kreisstadt abgehaltene Wieh- und Krammarkt, von welchem sonst nicht viel zu berichten ist, hat sich außer durch aufgeweckten Boden in der Art bemerkenswert gemacht, daß viele Lahme Pferde gelaufen wurden. — In einem Dorfe des benachbarten kreisburgischen Kreises vermißte vor einiger Zeit eine Hauswirthin ihr Lieblingsschwein und gab sodess nach langem Suchen endlich ganz verloren. Nach 11 Tagen wird das vermisste Tier zwischen Brettern, von welchem es zufällig eingewandert worden, allerdings dem Berenden nahe, aber neben zwei Eiern aufgefunden, und hat es also volle elf Tage ohne Futter und Wasser gelebt. Die ihm zugewandte Pflege brachte es allmählig wieder zu sich.

(Notizen aus der Provinz.) \* Jauer. Bei dem am 13ten d. M. abgehaltenen Wiehmarkt waren aufgetrieben: 1063 Pferde, 942 Stück Rindvieh, 1 Ziege und 10 Schafe.

† Zobten. Am 28sten v. Mts. feierte unserer verdienstvoller und beliebter Herr Bürgermeister Trödel sein 25jähriges Amtsjubiläum, bei welcher Gelegenheit von Seiten der Commune eine Dankrede und von der Schützen-Korporation eine silberne Ehrenmedaille verehrt wurde.

□ Beuthen O.-S. Unser sehr thätiger und umsichtiger Herr Landrat zeigt in dem Kreisblatte an: daß er wieder in der Lage sei, Kartoffeln abliefern zu können, daß Gemeinschaften und Arbeitgeber die Bestellungen bei Seiten machen möchten. Freilich werde der Preis wohl auf 28 Sgr. pro Scheffel hinaufgehen. Die Gemeinden des Kreises, heißt es alsdann weiter, mache ich darauf aufmerksam, daß der Bedarf an Kartoffeln bei Seiten sicher gestellt werden muß. Das anhaltende Regenwetter bei völlig durchweichtem Boden, droht unseren Saaten Verderben. Sollte die

Witterung sich nicht bald ändern, so wird manche Saat untergepflügt werden müssen und der Anbau der Kartoffel wird als Erfolg dienen können, wenn rechtzeitig für Saatkartoffeln gesorgt werden ist. Ich bin daher bereit, auch Gemeinden mit Kartoffeln zu versorgen, wenn sie deshalb sich an mich wenden und sich, in ihrer Gesamtheit, der exklusiven Einziehung des Kaufpreises unterwerfen, für den Fall, daß sie es so weit kommen lassen. Alle Dorfgerichte werden angewiesen, in ihren Gemeinden Nachfrage zu halten, ob Kartoffeln begehr werden und demnächst der Gemeinde-Versammlung die Frage, ob die Gemeinde die Verantwortlichkeit für die einzelnen Grundbesitzer, welche Kartoffeln bestellen, übernehmen will, zur Beschlusssfassung vorzulegen. — Die Grubengewerkschaften, welche aus § 10 des Gesetzes, die Aufsicht der Bergbehörden und das Verhältnis der Berg- und Hüttenerbeiter betreffen, vom 21. Mai 1860, die Besorgniß schöpfen, daß die von ihnen ausgelegten Kaufpreise der für ihre Arbeiter bestellten Kartoffeln, von den Arbeitslöhnen nicht in Abzug gebracht werden dürfen, erlaube ich mir aufmerksam zu machen, daß ihre Arbeiter, wenn sie auf Befragen Kartoffeln bestellen, selbst als Käufer auftreten; der Verkäufer, welcher die bestellte Ware liefert, bin ich, die Gewerkschaft tritt bei jolchem Geschäft in keiner andern Eigenschaft auf, als in der eines Darlehnsgebers, nämlich, sie schiebt den Arbeitern das baare Geld vor, mit welchem sie von mir Kartoffeln kaufen. Ware Geldvorschüsse aber können jederzeit vom Arbeitslohn in Abzug gebracht werden. Durch dieses Bedenken also wolle sich Niemand abhalten lassen, zu helfen, wo Hilfe Noth thut“.

II Grünberg. Am 10ten d. M. Nachmittags zwischen 3 und 4 Uhr, ertrank der Oderhäppler Samuel Bach zu Boydzel in der Oder auf der Rückfahrt von der Linien zur rechten Seite, indem er, auf dem hinteren Theile des Brahms allein stehend, beim sogenannten Schreden des Brahms unglücklicherweise mit dem Ruder in der Hand über Bord stürzte.

### Nachrichten aus dem Großherzogthum Posen.

■ Lissa, 15. März. Beim Rangieren der Wagen auf dem hiesigen Bahnhofe stieß am vergangenen Sonnabend eine Maschine auf den eben zur Abfahrt nach Breslau befreiten gemischten Zug. In Folge dieses Zusammenstoßes wurde ein Güterwagen völlig zertrümmt, während mehrere andere, so wie die Maschine selbst, erhebliche Beschädigungen erlitten. Die Ursache des Zusammenstoßes ist noch nicht ermittelt. — Am Dienstag Abend ging hier, zunächst von Görlitz kommend, die Carré-sche Kunstreiter-Gesellschaft in der Stärke von 40 Personen und mehr als 60 Pferden durch, zu deren Fortschaffung eine Reserve-Maschine nach Glogau requirirt werden mußte. Eben so wurde von hier aus der Zug mit zwei Maschinen nach Breslau weiter befördert. — Unter Leitung des Regierungs-Schulaths Dr. Mehring wurde vorige Woche (Montag) am hiesigen tgl. Gymnasium die Prüfung pro abito mit neuem Schülern der Anstalt vorgenommen. Sämtliche neu erumanierten erhielten das Zeugnis der Reife; zwei derselben konnten auf Grund ihrer schriftlichen Prüfungsarbeit von der mündlichen Prüfung befreit werden. Am Nachmittage des folgenden Tages inspizirte Herr Dr. Mehring die hiesigen Turnapparate und wohnte demnächst mehrere Stunden lang den Turnübungen der Jöglings, die von dem Oberlehrer Dr. Mehlner geleitet wurden, bei. Der Inspecteur erklärte sich in gleicher Weise mit dem Unterricht und den Anweisungen des Lehrers, so wie mit den Leistungen der Schüler vollständig befriedigt. — Künftigen Montag beginnt hier die erste Periode der diesjährigen Schwurgerichts-Verhandlungen für die Kreise Kosten, Fraustadt und Kröben, mit deren Leitung der Appellations-Gerichts-Rath Nixdorf aus Posen betraut ist.

### Handel, Gewerbe und Ackerbau.

■ Berlin, 15. März. [Börse-Weekbericht.] Die gute Stimmung der Börse für Eisenbahn- und einzelne Bankaktien dauerle fort. Die Umäge behielten einen größeren Umgang und die Coursbewegungen richteten sich nach den günstigen oder ungünstigen Nachrichten, die über die einzelnen Unternehmungen vorlagen. Seit langer Zeit zum erstenmale sehen wir den Markt wieder nach längerer Zeit so lebendig, und von politischen Motiven unbeeinflußt, daß die Coursbewegungen sich den materiellen Einzelverhältnissen anzuschmiegen suchen. Die Spekulation bat wieder ihr waches Auge, und da die Dividendenfeststellungen mit mancherlei neuen Unternehmungen zusammenstossen, so sind die Bewegungen mannigfaltig genug. Bald diese, bald jene Aktie tritt in den Vordergrund, ein ruhiges Leben pulsiert im Verkehr und deutet an, daß das Publikum sich an diesen ihm verständlichen Bewegungen lebhafter betheiligt. Die österreichischen Papiere mußten, so lange sie herrschten, schon deshalb das Publikum fernhalten, weil demselben ihre Coursveränderungen meist unverständlich waren. Diese bleiben ganz im Hintergrunde, so daß es kaum lohnt, auf ihre Bewegungen einzugehen. Österreichische Credit-Aktien schwanken zwischen 55½—54%. National-Anleihe zwischen 51½—50%—51%, lang Wien zwischen 67, 67½, 66, 67.

Für Eisenbahn-Aktien bieten die Februar-Cinnahmen meist einen günstigen Impuls, da sie dem Februar v. J. gegenüber, trotz des in diesem Jahre wegfallenden Schalttages, meist ein gutes Mehr ergeben. Eine Ausnahme machen Oberschlesische, deren Cinnahmen wieder ungünstig ausfielen, wodurch bei fortlaufend sehr geringem Umsatz, der Cours um 1½% gedrückt wurde. Wir stellen nachtheil die Cinnahmen der schlesischen Bahn, so weit wir sie noch nicht im vorigen Wochenbericht behandelt zusammnen.

Januar Gegen v. J. Februar Gegen v. J.  
Oberschlesische .... 190,160 — 36,038 16% 193,036 — 19,712 10%  
Bresl.-Pos.-Glogau 50,541 + 6,883 15,8% 55,780 + 16,754 42,8%  
Niederödl. Zweigb. 12,792 — 814 6,2% 12,835 — 277 2,1%  
Reisse-Brieg ..... 8,487 — 540 6,0% 7,323 — 839 10,2%  
Rödel-Oderberg .... 44,064 + 3,454 8,3% 36,028 + 1,577 4,6%

Bei der Oberschlesischen Hauptbahn fällt der Ausfall fast ganz auf den Güterverkehr, wo er 19,344 Thlr. oder fast 11% ausmachte. Dagegen entwidete sich der Güterverkehr der breslau-posener Strecke bei einer Mehrerinnahme von 15,126 oder 64% außerordentlich günstig, was umso mehr auffällt, da Stargard-Posen uns ein Plus von 1732 Thlr. oder 5% aufweist. Bei der Rödel-Oderberger Bahn stellte sich der innere Verkehr mit einem Mehr von 919,700 gegen 812,000 Thlr. in 1859. Die am Bankcomptoir im Laufe des Jahres zur Einsicht präsentirten Noten machen zusammen 5½ Mill. gegen 7 Mill. Thlr. im v. J. aus. Bei der danziger Bank sind diese Verhältnisse noch günstiger. Man sieht, daß sich der Verkehr an die Noten der Privatbanken gewöhnt und daß die Anfangs so viel vertragten Präsentationen seitens der t. Bank gar keine ungünstige Einwirkung mehr üben. Die magdeburger Privatbank, welche auf die Annahme ihrer Noten durch die tgl. Bank verzichtete, um den Präsentationen zu entgehen, konnte nur durchschnittlich 581,000 Thlr. Noten im Umlauf erhalten und mußte im Ganzen für 3,524,991 Thlr. Noten, also das dachte des durchschnittlichen Umlaufs eintöpfen, während die posener Bank ebenfalls genau das Gleich eintöpfte. Hierin stand sich also die magdeburgische wieder nicht besser. Der Kasinobestand der magdeburger betrug Ultimo Dezember so gut ½ des Notenumlaufs wie bei der posener und danziger Privatbank, so daß die einzige Folge der Politik der magdeburger Bank die ist, daß sie weniger Noten im Umlauf bringen kann! Ihre Dividende ist daher auch schwächer, als bei den übrigen, sie beträgt nur 3%—. Die meininger Bank wird zwischen 5 und 5½% Dividende geben, gegen 4% im v. J. Der Abschluß soll günstig sein. Diese Nachrichten verursachten einige Coursbewegungen der Aktie. Am stärksten wurden unter den Bankpapieren der Distrikts-Commissar-Unterheile gebandelt, dieselben schließen 2% höher. Je näher die Zeit der Dividenden-Erklärung heranrückt, um so mehr steigen die Erwartungen, welche man davon begibt. Anteile des schlesischen Bankvereins zeigen etwas an. Eine starke Steigerung erfuhrn genseitige Aktien, nämlich um 3%. Die Anstalt soll ihre Eisenbahn im Neapolitanischen an die sardinische Regierung glücklich verkaufen und will dies Kapital jetzt zur Einlösung fälliger Dividenden-Coupons benutzen. Die Kapital-Vertheilung macht also weitere Fortschritte.

Preuß. Fonds waren lebhaft und behauptet, Pfandbriefe sehr beliebt und steigend, Prioritäten in ziemlichem Umsatz.

Der Goldmarkt zog um einen Gedanken an, so daß wir Diskonten nur 2½% notieren.

Schlesische Devisen bewegten sich, wie folgt:

8. März.	Niedrigster	Höchster	15. März.
Oberschlesische A. u. C. 124½ bz.	124 bz.	124½ bz.	Cours.
B. .... 111 bz.	111 bz.	111½ bz.	
Breslau-Schw.-Freib. 94 bz.	94 bz.	99 bz.	
Reisse-Brieg ..... 52½ bz.	51½ bz.	52½ bz.	
Rödel-Oderberger .... 36½ bz.	36½ bz.	37 bz.	
Oppeln-Tarnowitzer ... 35½ bz.	35 bz.	35½ bz.	
Schles. Bankverein ... 80 B.	80 B.	80½ G.	
Minerva ..... 20 B.	19½ B.	19½ b.u.G.	

\* Breslau, 16. März. [Börse-Weekbericht.] In der abgelaufenen Woche war das Geschäft minder belebt, als in der vorigen; die Contremine versuchte es sogar an einigen Börrentagen, die Course zu werben, und glaubte in der Antwort des Kaisers von Russland auf die warhauer Adresse einen Stützpunkt zu finden. Es ist ihr auch teilweise vorübergehend gelungen, natürlich nur bei österr. Sachen und bei solchen Eisenbahnnationen, die in letzter Zeit von der Spekulation ungerecht fertig pousiert wurden. Im Allgemeinen aber blieb die Tendenz für solide Papiere und Fonds eine feste, leichtere sind sogar in größeren Posten schwer erhältlich.

Die heutige Börse unterschied sich von den früheren insfern, als man die Aufmerksamkeit wieder auf österr. Papiere lenkte und höhere Courses bewilligte, während man Freiburger und Tarnowizer fallen ließ; der Rückgang der ersten kann nicht überraschen, er konnte bei dem unattraktiven Aufschwung in so kurzer Zeit nicht ausbleiben; davon möchten sich die Herren, welche an der Spize der Bewegung standen, überzeugt und ihr fruchtloses Bemühen, den Cours noch höher zu treiben, aufgegeben haben.

Österr. Effekten weisen nur eine geringe Veränderung nach; Credit eröffneten 55, wichen auf 54½ und schließen 55%; National-Anleihe setzt 51 ein, behauptete diesen Cours auch an den flauen Tagen und schließt 51%; Banknoten schließen zu dem Anfangscourse von 68%, nachdem sie auf 67% gewichen waren.

Von Eisenbahnlinien eröffneten Freiburger 95%, steigen auf 97½ und schließen 96%; Oppeln-Tarnowitzer, welche auf 36 gestiegen waren, schließen 35%, circa ¼ % niedriger, als der Anfangscours. Oberschlesische verloren ½, schließen aber 124 Geld. Alle übrigen Gattungen erlitten keine nennenswerte Veränderung.

Sämtliche Fonds hingegen blieben gesucht und fehlte es bei den erhöhten Notizen an Abgebern. Bei dem enormen Geldüberschuss, der durch die am 1. April fällig werdenden Zinsen noch vermehrt wird, kann eine fernere Steigerung der Fonds-Course nicht ausbleiben; macht sich schon jetzt der Mangel an Fonds fühlbar, so wird es zum Stern-Termin, wo so bedeutende Kapitalien zur Anlage gelangen, in noch weit größerer Masse der Fall sein.

Wir glauben daher den Kapitalisten einen Dienst zu erweisen, wenn wir auf ein Papier aufmerksam machen, das vermöge seiner Sicherheit und seines verhältnismäßig noch niedrigen Courses besonders zur Kapitalanlage geeignet ist.

durch Herstellung solgender, schon bestehender Bahnen abkürzender Linien: Jerzheim-Börsum, Unna-Hagen und Elberfeld-Köln. Ohne diese Abkürzungen ist die neue Berlin-Köln-Linie 1½ M. länger, als die alte, und leidet an ungünstigen Steigungsver

Es sind dies die 4prozentigen faltenberger Kreis-Obligationen; der ganze Kreis hofft dafür, die Amortisation ist verhältnismäßig stark und bietet dem Inhaber eine erhebliche Abzinsung, und die Zinsen werden hier bei dem jährlichen Bankverein kostenfrei realisiert.

Für einzelne Creditbanknoten war in dieser Woche viel Nachfrage, besonders für schlechtere Banknoten, in welchen namhafte Umfänge stattfanden; der bereits gedruckte und veröffentlichte Jahresbericht gab den Impuls dazu. Wegen der Spezialitäten verweisen wir auf das Referat in der heutigen Nummer unseres Blattes. Die Umsätze in Wechseln waren sehr geringfügig und die Notierungen schließen unverändert.

Monat März 1861.

	11.	12.	13.	14.	15.	16.
Deutsch. Credit-Aktien	55	55	54½	55	55	55½
Schl. Bankvereins-Antheile	79%	79½	80%	80½	80½	80½
Deutsch. National-Anleihe	51	51	51½	51½	51½	51½
Freiburger Stammaktien	95%	95%	97	96½	96½	96
Neisse-Briege						
Oberschlesische Litt. A. u. C.	124½	124½	124½	124		
Oppeln-Tarnowitzer	35%	35%	35½	36	35½	35%
Kosel-Oderberger	37	36½	37	36½	37	36½
Schl. 3% proc. Pföldl. Litt. A.	89%	89½	89%	89½	89%	89%
Schl. Rentenbriefe	96%	96½	96½	96½	96½	96½
Breis. 4% proc. Anleihe	101%	101%	101½	101½	101%	101%
Breis. 5% proc. Anleihe	105%	105%	106	106	106½	106%
Staatschuldcheine	87%	87%	87½	87½	87%	87%
Deutsch. Banknoten (neue)	68%	68%	68½	68	67½	68%
Poln. Papiergele	86%	86%	86½	87½	87%	86½

**Breslau**, 16. März. [Börse.] Die Stimmung war für Eisenbahnen-Aktien matt, österr. Effekten und Fonds dagegen stärker. National-Anleihe 51%, Credit 55%, wiener Währung 68½–68% bezahlt. Freiburger Aktien bis 96 gewichen. Polnische Baluten niedriger.

**Breslau**, 16. März. [Amtlicher Produkten-Börsenbericht.] Kleesaat, rote, matt; ordinäre 11–12½ Thlr., mittle 13–14 Thlr., seine 15–15½ Thlr., hocheine 16½–16¾ Thlr. — Kleesaat, weiße, unverändert; ordinäre 8–11 Thlr., mittle 12½–14½ Thlr., seine 16–18 Thlr., hocheine 19½–21½ Thlr.

Roggen (pr. 2000 Pfund) angenehmer; pr. März und März-April 48 Thlr. Br. April-Mai 48–49½ Thlr. bezahlt, Mai-Juni 48½–4½ Thlr. bezahlt, Juni-Juli 49 Thlr. Gld.

Rübbel matter; loco 10%–1½ Thlr. bezahlt, pr. März und März-April 10% Thlr. Br., April-Mai 10% Thlr. Br., Mai-Juni 10½ Thlr. Br.

Kartoffel-Spiritus stärker; loco 20 Thlr. bezahlt und Gld., pr. März und März-April 20 Thlr. bezahlt, April-Mai 19½–20 Thlr. bezahlt, Mai-Juni 20%–20% Thlr. bezahlt und Gld.

Sin fest, auf 5 Thlr. 8 Sgr. gehalten; dazu wurden einige tausend Centner im Laufe der Woche genommen, während für größere Posten der geforderte Preis nicht zu bedingen gewesen. **Die Börsen-Commission.**

**Breslau**, 16. März. [Privat-Produkten-Markt-Bericht.] Wir hatten heute in allen Getreidearten sehr mittelmäßige Zuflüsse wie Angebote von Bodenländern und bei rubiger, aber seiter Haltung zu gebrügten Preisen nur ein sehr mäßiges Geschäft; gute Qualitäten Weizen und Roggen waren am begehrtesten, aber nur spärlich angeboten.

Weißer Weizen ..... 80–86–90–95 Sgr.

Gelber Weizen ..... 80–86–90–94 "

Brenner-Weizen ..... 65–70–74–76 "

Roggen ..... 58–60–62–64 "

Gerste ..... 48–52–54–57 "

Hafser ..... 28–30–32–33 "

Koch-Erbse ..... 60–62–64–66 "

Kutter-Erbse ..... 54–56–58–60 "

Widern ..... 45–50–53–56 "

nach Qualität

und

Trockenheit.

Olzaaten unverändert matt für Winterraps, gute Qualitäten Schlagsaaten fanden Nehmer. Winterraps 85–90–92–94–96 Sgr., Winterrüben 80–84–87–89–91 Sgr., Sommerrüben 75–80–84–86–88 Sgr., Schlagsaaten 70–75–80–85–93 Sgr. nach Qualität und Trockenheit.

Rübbel flauer und niedriger; loco 10% Thlr. Br., pr. März 10% Thlr. Br., März-April 10% Thlr. Br., April-Mai 10% Thlr. Br., September-Oktober 11½% Thlr. Br.

Spiritus angenehmer, loco 13½ Thlr. en détail bezahlt.

Für Kleesaaten beider Farben war der Begehr schwach und nur in den feinsten Qualitäten wurden mehrere Pöschlen zu bestehenden Preisen umgesetzt. Thymotree in seinen Sorten gefragt.

Im Laufe dieser Woche waren die Preise für:

Buchweizen oder Haidekorn 37–39–42–44 Sgr.

Weisse Bohnen (italienische) 75–78–80–82 "

(galizische) 65–70–75–80 "

Linsen, grobe ..... 100–105–110–120 "

" mittlere ..... 85–90–95–100 "

" kleine ..... 65–70–75–80 "

Röhren Hirse ..... 45–50–53–56 "

pr. Scheffel

nach Qualität

Als Verlobte empfehlen sich: [2544] Friederike Waldmann, Landsberg D.S. David Neumann, Kempen.

Die heut Morgen 8 Uhr glücklich erfolgte Entbindung seiner lieben Frau Karoline, geb. Tischler, von einem muntern Knaben, zeigt Verwandten und Freunden hiermit an: Louis Sandberg.

Geboten a. B., den 15. März 1861. [2563]

Heute Mittag 12½ Uhr entschließt sanft nach kurzen aber schweren Leiden unsere geliebte Mutter, Schwiegervater und Großmutter, verm. Löber, geb. Remstock, im Alter von 74 Jahren. Dies statt jeder besonderen Meldung allen teilnehmenden Verwandten u. Freunden. Breslau, den 16. März 1861. [2571]

**Die Hinterbliebenen.**

Heute Morgen 5½ Uhr verschied sanft nach sechswochentlichem Krankenlager unsere innig geliebte thure Schwester Anna im fast vollendeten 14. Lebensjahr. Diese traurige Nachricht widmeten statt beiderlicher Meldung die trauernden Geschwister: [2584]

Mari und Henriette Hoffmann. Die Beerdigung findet Dienstag, den 19. März Nachmittags 3 Uhr auf dem großen Kirchhof statt.

**Todes-Anzeige.** [1791] Sonntag, 17. März. (Gewöhnl. Preise.) Zum siebten Male: „Der Goldbauer.“ Original-Schauspiel in 4 Akten von Charl. Birch-Pfeiffer.

**Circus Biennow** in d. Bernhardischen Reitbahn, Tauenzenstr. Heute, Sonntag, den 17. März:

**Große außerordentliche Vorstellung.** Ma z e p a's Verbannung nach der Ukraine unter den wilden Pferden.

Große historische Pantomime vom gesamten Herren- und Damen-Personal, und mit vielen Pferden. — 2. Auftritt der Feuerkönigin Miss Emmy Wales, die einzige Dame der Welt, die diese Production auszuführen vermag.

Aufstand 7 Uhr, Ende 9½ Uhr. A. Biennow, Director.

**Gute Bücher,** billiger wie sonst Jemand verf. J. Samosch, Schuhbrücke 27; kaufe stets solche, und zahlreiche die besten Preise. [2665]

Gemahlenen Hirse 2½–3½ Thlr. pr. 87 Pf. unversteuert. Ung. Mais oder türk. Weizen 51–53–55 Sgr. pr. 170 Pf. brutto. Kartoffeln 1½–2–2½ Sgr. pr. Mege. Butter 16–18–20 Sgr. pr. Quart, Eier 16–17 Sgr. pr. Schod. Stroh 6–6½ Thlr. pr. Schof von 1200 Pfund. Heu, 24–26–28–30 Sgr. pr. Ctr. Rapstuchen 40–42–44–46 Sgr. pr. Ctr. Leinkuchen 80–85–88–90 Sgr. pr. Ctr.

**Wasserstand.** Breslau, 16. März. Oberpegel: 17 f. 1 b. Unterpegel: 6 f. 2 b.

### Telegraphische Depeschen und Nachrichten.

**Berlin**, 16. März. Im Herrenhause ward heute der Steuerantrag des Grafen Arnim-Boizenburg und Genossen mit 96 gegen 83 Stimmen angenommen.

**Paris**, 15. März. In der heutigen Sitzung des gesetzgebenden Körpers befürwortete Jules Favre ein die Aufhebung der Ausnahme-Gesetze bezüglich des Amendements und tablete das seitens der Regierung gegen die Presse beobachtete Verfahren. Barroche befämpfte das Amendement und suchte die innere Politik der Regierung zu vertheidigen. Emil Ollivier sprach für die Pressefreiheit. Das Amendement wurde verworfen und der erste Paragraph der Adresse angenommen.

Der eben veröffentlichte neueste Monatsbericht der Bank von Frankreich ergibt eine Vermehrung des Baar-Borraths um 13,600,000 Fr., der laufenden Rechnung des Staatschahes um 14,500,000 Fr., dagegen eine Veränderung des Portefeuille-Bestandes um 27,500,000 Fr., der Börsenfälle auf Wertpapiere um 16,000,000 Fr., der umlaufenden Nöten um 13,500,000 Fr., so wie der laufende Rechnung mit Privaten um 30,000,000 Fr.

**London**, 15. März. In der gestrigen Sitzung des Unterhauses erklärte Sie G. Lewis als Antwort auf Interpellationen Duncombe's und Bright's, die Regierung habe keinen Spion zur Entdeckung der Falschnoten gebraucht. Sie habe durch die Polizei deren Herausgabe inhibirt, als sie eine Fälschung vermutet, diese Inhibition aber sofort zurückgezogen, da eine eigentliche Fälschung nicht stattfand. Weiter sei die Regierung bei der Sache nicht beteiligt. Darüber, wie die Sache verrathen worden sei, schwieg Lewis trock mehrfacher Anfragen.

### Neueste Nachrichten aus Warschau.

**Warschau**, 15. März. Der officielle Theil des allerhöchsten Rescripts an den Fürsten-Stathalter, dessen Wortlaut wir Ihnen gestern über sandten, hat eine allseitige Missstimmung hervorgerufen. Man findet die Antwort des Kaisers auf die Adresse, welche in höchst gemässtiger Weise die Bedürfnisse des Landes zur Kenntnis seines Herrschers bringt, zu hart und nicht vereinbar mit wohlwollenden Bestrebungen, die die Regierung Alexander II. auszeichnet. Man zieht aus dem Allen den Schluss, daß die Ereignisse dem Kaiser unrichtig und in einem falschen Lichte dargestellt worden sind und beabsichtigt natürlich gegen den Passus des Rescripts, worin es heißt, daß einige Individuen unter dem Vorwande der auf den Straßen hervorgerufenen Unruhen, sich eigenmächtig das Recht anmaßen, das Verhalten der Regierung zu verdammten, Protest einzulegen. Zu dem Ende soll morgen eine Deputation des Bürger-Ausschusses dem Stathalter die Unterschriften der Adresse, deren Anzahl sich gegenwärtig wohl auf zweihunderttausend belaufen mögen, vorlegen und darauf hinweisen, daß unter diesen Umständen nicht von der Überstärkung einiger Individuen die Rede sein könne, sondern, daß in der Adresse das ganze Volk seine Bedürfnisse und Wünsche niedergelegt habe.

In Folge der in Aussicht genommenen gänzlichen Umwandlung des Systems der Volkserziehung hat der Geh. Rath v. Muchanow, vorstehender General-Direktor in der Regierung-Abteilung des Innern, der geistlichen und Schulangelegenheiten, seine Stelle als Curator des warschauer Lehrbezirks niedergelegt. Sein Ausscheiden aus diesem wichtigen Amt wird mit allseitiger Befriedigung aufgenommen, weil man ihm vorzugsweise die Volkserziehung im antipolnischen Geiste zuschreibt. Den 22. März 1861. [1808] als der Geburtstag unseres allerniedrigsten Königs Wilhelm, feiern vereint der Breslauer Krieger- und Freiwilligen-Verein aus den Jahren 1813/15 durch ein Fest-Diner in dem Logen-Saal Friedrich zum goldenen Zepter, Antoni entr. Nr. 33.

Diesjenigen der Herren Mitglieder, sowie die Herren Attacitien des B. K. V., die Herren Ehrenmitglieder der allg. Land-Stiftung, Gäste und hinzutretende Kriegs-Kameraden, welche sich daran zu beteiligen wünschen, haben die Tafelbillets zu 25 Sgr. an den Tagen des 18. und 19. d. M. beim Kaufmann Herrn Hildebrandt, Blücherplatz Nr. 11, in Empfang zu nehmen. Das Diner beginnt um 2 Uhr.

### Das Fest-Comite.

Heisler, Hildebrandt.

### Gewerbe-Verein.

Montag, den 18. März d. J. Abends 7 Uhr Allgemeine Versammlung in der Börse. Vortrag des Brauemeisters Herrn Wiesner über Bier und Bierbrauerei. [1809]

**Handw.-Verein.** Im Café restaurant.

Mittwoch, 20. März: hr. Lehrer Köhler über das Volkslied. — Sonnabend, 23. März: hr. Seminar-Oberlehrer Scholz über Benj. Franklin (Fortsetzung). [1817]

A. der königlichen Kunst-Bau-Handwerks-Schule wird Sonnabend den 23. März in dem Sandstein-Bgebäude, Neue-Sandstraße Nr. 3, von 8 bis 1 Uhr eine Ausstellung der Arbeiten der Schüler, und von 3 bis 5 Uhr deren mündliche Prüfung stattfinden. Freunde und Gönner der Anstalt werden hiermit zu freundlichem Besuch eingeladen. Director Gebauer.

**General-Versammlung.** [1615] des Vereins zur Unterstützung hilfsbedürftiger Familien der ausländischen Wehrmänner des breslauer Landwehr-Bataillons städtischen Anteils nach § 9 der Statuten.

Montag, den 18. März d. J., Nachmittags 3 Uhr, in dem rathäuslichen Konferenz-Zimmer. Der Vorstand.

### Warschau-Wiener Eisenbahn.

Einnahme pro Februar	1861.	1860.
unrevidiert		revidiert
Aus dem Personen-Verkehr	32,014 SR. 63 Rp.	31,9

### Bekanntmachung.

Die Brandshäden, welche im vergessenen Jahre an den bei der hiesigen städtischen Feuer-Societät versicherten Gebäuden stattgefunden haben, sind, wie folgt, abgeschäfft worden, und zwar:
1. am 16. März d. J. Kurzgasse Nr. 2 . . . auf 648 Thlr. 28 Sgr. — Pf.
2. " 25. Kupferhymiedestraße Nr. 35 . . . 10 " 26 " 6 "
3. " 29. Gartenstraße Nr. 16 . . . 4314 " 2 " 11 "
4. " 29. " Nr. 17 . . . 146 " 26 " 6 "
5. " 3. April Ring Nr. 45 . . . 507 " 20 " 10 "
6. " 3. Schmiedebrücke Nr. 64/65 . . . 8 " — " — "
7. " 3. Mai Große Fleischbänke Nr. 1 . . . 5 " 19 " — "
8. " 14. Gräbschnerstraße Nr. 3 . . . 355 " 2 " 10 "
9. " 15. Juli Hummerrei Nr. 2 . . . 2450 " 4 " 5 "
10. " 15. " 3 . . . 70 " 14 " — "
11. " 15. " 1 . . . 25 " 22 " 8 "
12. " 15. Schweidnitzerstraße Nr. 41/42 . . . 3 " — " — "
13. " 15. " 43 . . . 5 " — " — "
14. " 4. August Burgfeld Nr. 14 . . . 46 " 10 " 10 "
15. " 22. September Albrechtsstraße Nr. 7 . . . 65 " 12 " — "
16. " 25. Schweidnitzerstraße Nr. 28 . . . 21 " 22 " 9 "
17. " 25. Oktober Hummerrei Nr. 31 . . . 1 " — " — "
18. " 2. November Neue-Schweidnitzerstr. Nr. 1 . . . 12 " 20 " — "
19. " 22. Dezember Neuseestraße Nr. 45 . . . Antonienstraße Nr. 17 . . . 19 " — " 10 "

zusammen auf 8718 Thlr. 6 Sgr. 1 Pf.

Wir haben den Beitrag zu deren Vergütigung auf einen Silbergroschen und acht Pfennigen von jedem Hundert der Versicherungssumme festgesetzt.

Die Gesamtsumme der bei der hiesigen städtischen Feuer-Societät versicherten Baulichkeiten betrug am 31. Dezember 1860 40,203,840 Thlr., und soll die Einzahlung der von den einzelnen Assoziiaten zu leistenden Beiträge in der Zeit vom 15. April bis ultimo Mai d. J. an die städtische Feuer-Societät-Kasse — Elisabethstraße Nr. 13, Gewerbesteuers-Kasse — erfolgen, wovon wir die Interessenten hiermit benachrichtigen. [272]

Breslau, den 6. Februar 1861.

Der Magistrat.

Die Mitglieder des Breslauer Vereins der Verfassungstreuen und diejenigen, welche sich mit ihnen vereinigen wollen, werden zur Theilnahme an einem zur Feier des Geburtstages Seiner Majestät des Königs veranstalteten Abendessen, 20 Sgr. das Couvert, Freitag, den 22. März, 7 Uhr, im König von Ungarn, eingeladen. Karten sind bei den Herren Moritz Schuh u. Co., Schweidnitzerstr. 9, zu lösen. Der Vorstand.

### Schlesischer Bank-Verein.

In Gemäßheit des § 20 unseres Gesellschafts-Vertrages laden wir hierdurch unsere stillen Gesellschafter zu der vierten ordentlichen Versammlung aller Betheiligten auf Freitag, den 5. April d. J. präzise 3 Uhr Nachmittags,

in den Saal des Königs von Ungarn ergebnien ein.

Zur Ausübung des Stimmrechtes (§ 19 des Gesellschafts-Vertrages) haben die Betheiligten ihre Anteilscheine spätestens bis Mittwoch, den 3. April d. J. inclusive, in den Vormittagstunden von 10 bis 12 Uhr in unserem Wechsel-Comptoir, Albrechtsstraße Nr. 35, par terre rechts, zu deponieren oder deren Besitz glaubhaft nachzuweisen und dagegen die Einlaßkarten in Empfang zu nehmen. [1473]

Breslau, den 4. März 1861.

Schlesischer Bank-Verein. Hoverden. Fromberg.

### Constitutionelle Ressource im Weiß-Garten.

Sonnabend den 23. März 1861, Abends 7 Uhr, findet die statutenmäßige General-Versammlung im Ressourcen-Volksale statt. Der Zutritt ist nur gegen Vorstellung der Quittungen oder der Interims-Karten für's neue Vereinsjahr 1861/62 gestattet. [1831]

Der Vorstand.

### Constitutionelle Bürger-Ressource (bei Meyer).

Freitag den 22. März findet zur Feier des Geburtstages Sr. Majestät des Königs ein Fest-Konzert — ausnahmsweise im Springer'schen Saale statt, wobei hr. Consistorial-Rath Dr. Böhmer die Fest-Rede halten, Frau Dr. Mané-Babnigg und hr. Lehrer Schubert Gesangs-Piecen, und Fräulein Franziska Schön ein Konzert-Stück auf der Violine vortragen wird. Zum Schlusse werden lebende Bilder gestellt werden. Gäste können nicht eingeführt werden; auch haben Kinder unter 14 Jahren keinen Zutritt. Dernnung des Saales um 2 Uhr, Anfang des Konzerts um 4 Uhr. Der Vorstand. [1825]

Verlag von Graß, Barth u. Comp. Sort. (J. F. Biegler) in Breslau.

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen!

Becker, Berechnung der Zinsen in preuß. Courant, von 5 Sgr. bis 1000 Thlr., zu 2, 2½, 3, 3½, 4, 4½, 5 u. 6 Prozent, in 48 Tabellen, für 1 bis 30 Tage, 2 bis 11 Monate und 1 bis 8 Jahre berechnet. 4 . . . 12 Sgr.

Evang. Confirmations-Zeugnisse (4 à Vog.) à Buch . . . 20 Sgr. und 14 Sgr. (v. Pastor Plaskuda,) deutsch, 96 Stück 20 Sgr. polnisch, dito. 20 Sgr. 12 Sgr.

Notariatsregister, à Buch . . .

Alphabetbogen in großen und kleinen Buchstaben, — Mietshscontracte, — Prozeß-

Vollmachten (des hiesigen Anwalt-Vereins), — Actien-Schluszzettel.

Tauf-, Tauf- und Begräbnissbücher, — Kirchen-Rechnungen und Extracte, Nachweisung der Capitalien, dito des Juventans, Tertial-Dodenlisten, Schul-Protokolle, evang. u. kathol., — Pfandbrief-Coupon-Verzeichnisse. [1799]

### Annalen der Landwirthschaft in den kgl. preuss. Staaten.

Inhalt von Wochenblatt Nr. 11: Die nächste Sitzungsperiode des Landes-Oeconomie-Collegiums — Anbauversuche mit Lupinus termis — Eisner v. Gronow, Shorthornvollblutzucht in Karlinowitz, Crary's Ziegelmaschine (m. Abb.) Sombart, der Zuckerrübenbau in Ernneleben — Hellriegel, die Zeichen und Formeln der Chemie. — Christiani, Nutzungswert der Rübenblätter als Dünger — Gebeutel, der Feg- oder April-Weizen — Dr. Gronow, eine Krankheit des Klee's — Schulze — Schulzendorf, zum neuen Lupinenhieb. — Die nächste Krisis für den Grundbesitzer — Bericht des Oberpräsidenten der Provinz Sachsen (Verordnung, die vertilgung der Mäuse betr.) Barral, eine Revolution in der Zuckerfabrikation. — Kl. Mitteilungen, Berichte und Correspondenzen, landw. Unterrichtswesen, Vereinswesen, Produktenpreise. [1807]

Monatsblatt und Wochenblatt sind für 4 Thlr., das Wochenblatt allein für 1 Thlr. 16 Sgr. jährlich durch alle Buchhandlungen und Postanstalten zu beziehen.

### Die Niederrheinische Güter-Assuranz-Gesellschaft in Wesel

empfiehlt sich bei der eröffneten Schiffahrt zur Versicherung von Waaren-Transporten zur See, auf Flüssen und Kanälen, sowie zu Lande resp. per Eisenbahn.

Durch die zweimäßig veränderten Prämien-Tarife für die See-Versicherung kann ich mit allen soliden Gesellschaften der Seepläge concurriren.

Die Fluss-Versicherungs-Prämiensätze sind die des bestehenden Gesellschafts-Verbandes und wird nach dem Jahreschluss von den Prämien-Zahlungen der festgesetzte Rabatt gewährt.

Land-Transport- und Eisenbahn-Versicherungen werden nach einer höchst billigen Scala berechnet.

Der Agent der Gesellschaft:

C. H. Hoyoll,

Neue-Taschenstraße Nr. 2.

[1598]

### Avis aus Salzbrunn.

Die Füllung und Versendung des natürlichen Obersalzbrunnens ist eröffnet. Diesfällige Aufträge werden, zumeist auf den Schienewegen, rasch und pünktlich ausgeführt. Bei Aufgabe bitten wir um Bezeichnung der Bahn und letzten Station. [1788]

Salzbrunn bei Freiburg in Nieder-Schlesien, den 13. März 1861.

Fürstlich Pless'sche Brunnen-Inspektion. Strähler.

### Die königl. sächs. conf. Lebens-Versicherungs-Gesellschaft

zu Leipzig,

seit 1831 errichtet,

vergütet im Jahre 1861 an alle dazu berechtigten Mitglieder

### 28 Prozent Dividende,

wodurch die Entrichtung der Jahres-Beiträge wesentlich erleichtert und der Beitrag auch dem Unbemittelten möglich gemacht wird. Über die Anwendung der Lebensversicherung, ihre mannichfältige Nützlichkeit und ihren überaus wohlthätigen Einfluss auf Familienwohl nähere Auskunft bei [1822]

C. F. Gerhard u. Co., Junkernstraße Nr. 9, Agenten

C. F. Hentsch, Musikalienhandlung, Junkernstr., in Breslau.

### Schlesische Feuer-Versicherungs-Gesellschaft.

Wir zeigen den Herren Aktionären hierdurch an, daß die Dividende für das Jahr 1860 auf 10 Prozent der baaren Einlage oder auf 20 Thaler für die Aktie von 1000 Thlr. und 10 Thlr. für die Aktie von 500 Thlr. festgesetzt worden ist, und von heute an in unserer Kasse, Königsplatz Nr. 6, in den Vormittagsstunden von 10 bis 12 Uhr, gegen Aushändigung des quittirten Dividenden-scheines pro 1860 erhoben werden kann. [1821]

Breslau, den 16. März 1861.

Die Direktion.

### Societäts-Dampfmehlmühle, Bäckerei und Delfabrik

zu Reichenbach i. Schl.

Die stillen Theilnehmer der Societät werden hiermit aufgefordert, die dritte Rate mit 10 Thlr. pro Anteilschein bis ultimo März d. J. im Geschäftslöfale des Etablissements unter Beibringung der Quittungsbogen einzuzahlen.

Beitrags-Erläuterungen können noch stattfinden. [1744]

Reichenbach, den 14. März 1861.

Der Verwaltungsrath.

Am 15. April d. J. beginnt in der Anstalt des Unterzeichneten ein Kurss zur Ausbildung von Kindergarteninnen. Junge Damen, welche sich diesem Berufe zu widmen gedenken, um entweder in Instituten als Kindergarteninnen zu wirken oder eigene Kindergärten zu errichten, erfahren die näheren Bedingungen auf portofreie Anfragen. Görlitz, 12. März 1861. [1717]

Julius Braun, Vorsteher einer Schulanstalt mit Kindergarten.

### Haushälter-Unterstützungs-Verein.

Die geehrten Herren Kaufleute, Gewerbetreibende und Hausbesitzer, welche Haushälter aus unserm Verein zu nehmen wünschen, werden freundlich eracht, sich dieserhalb an unsern Vorsteher, Ernst Schütze, in Diensten des Hrn. Louis Rohrstein, Junternstraße 33, oder in seiner Wohnung, Hinterhäuser Nr. 4 gültig zu wenden. [2556]

Ich habe mich als prakt. Arzt rc. hier niedergelassen und werde mich ganz besonders mit

### Hautkrankheiten

beschäftigen. Dr. Carl Deutsch,

Friedr.-Wilh.-Str. 65 par terre.

Sprechstunden: 8—10 Uhr Vormittags, [1892] 2—4 Uhr Nachmittags.

Hier noch nie gesehen.

Außerordentliche Kunst-Ausstellung von London. Vollkommen meisterhaft ausgeführtes und bis ins kleinste Detail ausgerüstetes

### grosses

### Linien-Kriegsschiff

von 120 Kanonen mit 1000 Mann Matrosen.

Das Schauspiel ist am Ausgänge der alten Laubenstraße, am Graf Henckel Palais. Entrée à Person 5 Sgr., Kinder 2 Sgr. Heute von Morgens 11 Uhr an und Abends bis 8 Uhr bei brillanter Gasbeleuchtung zur Schau gestellt. [1706] Th. Lindner.

Dieses Kunstwerk ist kein Gemälde, so wie auch nicht durch Vergrößerungsglas anzusehen, sondern ein natürliches Kunstwerk, welches mit freien Augen zu bewundern ist.

### Sämereien,

als: Futter-Runkelrüben: d. Pf. 16 1/2

lang. Turnips à Tr. 15 Thlr. 5

kurze dicke à Tr. 18 Thlr. 6

halblange à Tr. 20 Thlr. 7

tellerförmige à Tr. 20 Thlr. 7

große Riesen à Tr. 30 Thlr. 10

Zucker-Rüben à Tr. 8 Thlr. 3 6

### Futter-Möhren:

grünköpige 7

große rothe 8

dicke gelbe 6

Großen, grose glatte 10

Großes Kopfsraut 40

Englische Turnips 15

Französische Lüzerne à Tr. 24 Thlr. 8

Englisches Agnatz à Tr. 10 Thlr. 4

Französ. Raigras à Tr. 16 Thlr. 4

Gem. Futtergräfer à Tr. 12 Thlr. 4

Rapengras-Mischung à Tr. 14 Thlr. 5

Chinesisches Zuckerrohr 5

Kiefer, extra schöne Qualität 15

Fichte 5

Lerchenbaum, bester tyroler 10

Weisse Erle 10

s

# Berlinische Feuer-Versicherungs-Anstalt.

Gegründet 1812.

Nach Ausweis des in der General-Versammlung am 27. Februar d. J. erstatteten Rechenschafts-Berichts war der Geschäfts- und Vermögensstand der Anstalt am 1. Januar d. J. folgender:

Im Jahre 1860 geschlossene Versicherungen.....	Thlr. 95,783,330
Eingenommene Prämien und Zinsen.....	227,352
Am 1. Januar 1861 für Rechnung der Anstalt laufende Versicherungen.....	76,549,135
Grund-Capital.....	2,000,000
Prämien-Reserve für laufende Versicherungen.....	106,140
Capital-Reserve.....	86,535

Sowohl die um ca. 10 Millionen vermehrte Versicherungs-Summe, als auch die um etwa 20,000 Thlr. gestiegene Summe der Prämien-Einnahme zeugen davon, daß die von der Anstalt nun seit fast 50 Jahren befolgten Grundsätze strengster Solidität, verbunden mit liberaler Handlungswise, sich immer größerer Anerkennung zu erfreuen haben. Die Anstalt wird es zu ihrer Aufgabe machen, in innier weiteren Kreisen das nämliche Vertrauen zu erwerben von welchem sie bisher getragen worden ist; sie wird daher fortfahren, Versicherungen gegen Feuergefahr jeder Art zu übernehmen und in Ansehung der Billigkeit der Prämien hinter keiner soliden Feuer-Versicherungs-Gesellschaft zurückbleiben. Bei Gebäude-Versicherungen wird das Interesse der Hypothekengläubiger vollständig gesichert. Nähere Auskunft ertheilen bereitwilligst

in Breslau die General-Agentur:

M. Schiff u. Comp.,  
Geschäfts-Lokal: Karlsstraße 38;

die Agenten: Herr Martin Deutsch, Rossmarkt Nr. 11,  
= Carl Langwitz, Kupferschmiedestraße Nr. 26,  
= Carl Scholz, Schmiedebrücke Nr. 34,  
= F. H. Stegmann, Matthiastraße Nr. 81, und  
= Albert Zenominienski, Altstädtische Straße Nr. 61, sowie

In Bauerwitz Herr Franz Berg.  
= Beuthen D.S. Herr Moritz Rother.  
= Bleischwitz Herr Gustav Gretschel, Gemeindeschreiber.  
= Brieg Herr G. Pollack.  
= Bunzlau Herr Gustav Nebert.  
= Camenz Herr Teuber, Maurermeister.  
= Canth Herr Schubert, Zimmermeister.  
= Greuzburg Herr C. Thielmann, Buchhändler.  
= Eckersdorf Herr C. Moquin, Brauermeister.  
= Falkenberg Herr W. Wecker, Rendant.  
= Freiburg Herr Julius Pässler, Senator.  
= Fischbach Herr A. Hübner, Gastwirth.  
= Glaz Herr F. Winkler, Reg.-Feldmesser.  
= Gleiwitz Herr L. Lubowski.  
= Glogau Herr C. W. Gemf.  
= Ober-Glogau Herr C. Heinze.  
= Goldberg Herr Joh. Casp. Hübner.  
= Görlitz Herr H. Kienitz, Haupt-Agent.  
= Greiffenberg Herr Eduard Neumann.  
= Grottkau Herr D. Berkowitz, Gasthofbesitzer.  
= Guhrau Herr L. Grunwald, Senator.  
= Habelschwerdt Herr C. E. Brun, Apotheker.  
= Haynau Herr J. C. Thieme.  
= Hirschberg Herr G. Ischebschnigk.  
= Hohenfriedeberg Herr Traugott Kühnöhl.  
= Hoyerswerda Herr Traugott Niemz, Maurermstr.  
= Hundsfeld Herr L. Gammert.  
= Jauer Herr Julius Holly.  
= Kalkau Herr Hauck, Gerichtsschreiber.  
= Kozenau Herr Eduard Preuß.  
= Krappitz Herr C. Brettschneider.  
= Kropstädt Herr Scholz, Scholtisbesitzer.  
= Landeshut Herr J. Rinkel.  
= Langenbielau Herr Robert Roth.  
= Lauban Herr C. G. Pfüllmann.  
= Leimeritz Herr Anton Schön, Gutsbesitzer.  
= Leobschütz Herr C. Rother.  
= Groß-Lessin Herr Siebig, Postexpedient.  
= Liebau Herr J. C. Schindler.  
= Liegnitz Herr C. Selle, Haupt-Agent.  
= Lissa Herr H. Hennig, Inspector.  
= Löwen Herr M. Landsberger.  
= Löwenberg Herr J. Lorenz, Schornsteinfegermeister.

In Lüben Herr W. Geistfeld.  
= Maltsch a.D. Herr F. W. Tappert.  
= Militisch Herren Gebrüder Hirschfeldt.  
= Nyslowitz Herr Simon Schäfer.  
= Neisse Herr Ferdinand Blaschke.  
= Neumarkt Herr C. F. Schmeidt.  
= Neurode Herr J. F. Wunsch.  
= Neusalz a.D. Herr Robert Vincas.  
= Neustadt D.S. Herr August Bosch.  
= Nimptsch Herr Anton Henke.  
= Oels Herr C. Mäker.  
= Orlau Herr Julius Neutert.  
= Oppeln Herr W. Conrad, Haupt-Rendant.  
= Potschau Herr C. Bahr.  
= Peiskretscham Herr A. Brauer.  
= Pleß Herr A. Bielschowski.  
= Politz Herr Chrlich, Gutsbesitzer.  
= Prieborn Herr A. Pfeiffer, Rechnungsführer.  
= Ratibor Herr L. Kern, Senator.  
= Reichenbach i. Schl. Herr C. Sch. Dyr.  
= Rösnitz Herr D. Bielschowski.  
= Rosenberg D.S. Herr A. Braun.  
= Rybnik Herr v. Uluck, Premier-Lieutenant a. D.  
= Sagan Herr A. Schmidt, Senator.  
= Salzbrunn Herr Gustav Töpffer.  
= Schlegel Herr Joseph Rother.  
= Schmiedeberg Herr C. H. Taufling.  
= Schweidnitz Herr F. A. Schmidt.  
= Seidenberg Herr Robert Silling, Kanzlist.  
= Seifersdorf Herr F. Gabel, Gutsbesitzer.  
= Sohrau D.S. Herr A. Rothkegel.  
= Sprottau Herr C. Cohn.  
= Steinan Herr F. W. Schönborn.  
= Groß-Strehlitz Herr Joh. Stokowy.  
= Striegau Herr Hermann Nasper.  
= Sulau Herr Ferd. Neubauer, Dekonom.  
= Tarnowitz Herr Aug. Bannert.  
= Lositz Herr J. J. Rothmann.  
= Trachenberg Herr Ad. Schlesinger.  
= Trebnitz Herr Louis Böhm.  
= Wohlau Herr A. Hübner.  
= Alt-Weißbach Herr W. Caspar.  
= Winzig Herr C. Radler, Schornsteinfegermeister.  
= Wohlau Herr G. Warmbt.

[1829]

## Verlag von Eduard Trewendt in Breslau.

In zehnter Auflage erschien soeben:

Erstes Lesebuch nach der Laut-Lehre methodisch bearbeitet von G. Gneisenau, K. Herrfurth, G. Kloß, E. Pötschel, Lehrern in Breslau. Oktav. 8 Bogen. Preis 3 Sgr., dauerhaft gebunden 4 Sgr.

Ich habe mich des Staudtschen Stempel-Apparates schon seit 8 Jahren bedient und denselben äußerst zweckmäßig gefunden, worüber diese Bescheinigung. Besel, den 16. Dezember 1847. (L. S.) Ludek, Oberbürgermeister.

Dem Fabrikanten Herrn Staudt wird hiermit auf sein Verlangen bescheinigt, daß auf der Magdeburg-Cöthen-Halle-Leipziger Eisenbahn seit dem Jahre 1851 sämtliche Bureau's und Expeditionen zu ihrem Gebrauch mit der von Herrn R. Staudt fabrizierten Stempel-Dinte ausgestattet sind, und daß sich diese Stempel-Dinte sowohl im Preise, als in der Güte bewährt hat, und deshalb empfohlen werden kann. Magdeburg, am 16. Februar 1861. (L. S.) Targe, Ober-Ingenieur und Betriebs-Direktor.

Beim hohen Ministerium von Kolonien ist die Stempel-Dinte von Herren Staudt und Sohn seit 10 Jahren in Gebrauch und ist deshalb jedem empfehlenswerth. St. Hagden, den 1. März 1853. M. G. Briede.

Außer vorstehenden hohen Anerkennungen besitzen wir deren noch sehr viele und empfehlen wir unsere patentirten holländischen Stempel-Apparate und Stempel-Dinte, erstere à 1 Thlr. und Dinte à Flasche 20 Sgr. und à 10 Sgr., nach zu ertheilender Anweisung auch für schon bestehende Stempelkästen anwendbar durch den General-Debit:

Handl. Eduard Groß in Breslau, am Neumarkt 42. Wieden, im Königreich der Niederlande. F. Staudt u. Sohn.

Oberhenden von Shirting, Leinen und Biquee, in den neuesten Facons, empfiehlt unter Garantie des Guts- und en gros & en détail zu billigsten Preisen die Leinwandhandl. u. Wäschefabrik von S. Gräger, vorm. G. C. Fabian, Ring 4. [1885]

Meine bisher Hummeli Nr. 25 bestandene [516]  
Tuch- und Kleider-Appretur-, Defatir- und Wasch-Anstalt befindet sich jetzt Schuhbrücke Nr. 55.

Ich bitte, das mir in dem bisherigen Lokal geschenkte Vertrauen, auch in dem neuen zu bewahren. Breslau.

J. Schwesner.

# Vaterländische Feuer-Versicherungs-Gesellschaft in Elberfeld.

Das Protokoll der 40. General-Versammlung betrifft den Jahres-Bericht und die Wahlen.

Der Geschäftszustand war am 1. Januar 1861 folgender:  
das laufende Versicherungs-Kapital beträgt . . . . . 350,767,831 Thlr. — Sgr.  
die Prämien-Reserve beträgt . . . . . 399,275 " 27  
in 1860 hatte die Gesellschaft an Brandschäden zu tragen . . . . . 379,166 " 28 1/4  
das Gewährleistungs-Kapital der Gesellschaft beträgt . . . . . 2,000,000 "

Die Gesellschaft gewährt nach § 7 ihrer Bedingungen durch Hypotheken-Gebühren Schutz. Das Statut der Gesellschaft, deren Bedingungen, die Jahres-Abschlüsse, überhaupt Alles, was Verfassung und Geschäftsführung betrifft und Interesse für ein verehrliches Publikum haben könnte, liegt bei dem unterzeichneten General-Agenten zur Einsicht offen; auch wird derselbe, so wie die Agenten seiner General-Agentur:

in Breslau Herr Commerzien-Rath Louis Dyhrenfurth, Haupt-Agent,

" " " J. C. M. Scholz,  
" " " Theodor Morgenthal,  
" " " Louis Paculy,

" " " Sal. Lasch (Firma S. Lasch u. Co.), in Münsterberg Herr August Kurts, in Namslau Herr M. Sittenfeld, in Neisse Herr B. Tress, in Neuhof bei Poln.-Wartenberg Herr H. Exner,

in Neumarkt Herr M. Kalmus, in Neustadt Herr S. W. Choden, in Nicolai Herr J. Löwi,

in Nippitz Herr Eduard Schick, in Ober-Glogau Herr A. Plaschke, in Oels Herr Mendelssohn, f. Feldmesser, in Orlau Herr Zimmerstr. R. Pfleger, in Oppeln Herr Paul Eckerland,

in Ottmachau Herr Albert Hocke, in Parchwitz Herr C. W. Zimmer, in Patschkau Herr Maurermstr. Sembtner, in Peiskretscham Herr Oberförster Schödon, in Pitschen Herr Leo Galanski, in Proßau Herr J. Koschig, in Ratibor Herr Oscar Bruck,

in Alt-Reichenau Herr Maurer-Meister Schubert, in Reichenbach i. Schl. Herr Naphtaly, in Reichenstein Herr R. Zangi, in Reichthal Herr Warseke, Kämmerer, in Reinerz Herr Inspektor Neumann, in Rosenburg Herr Aug. Potz,

in Schmiedeberg Herr Julius Pusch, in Schurgatz Herr C. Scholz, in Schweidnitz Herr C. G. Weiz, in Schlawenitz D.S. Herr J. Michnik, in Strehlen Herr Ernst Preußner, in Gr.-Strehlitz Herr Th. Neumann, in Striegau Herr H. Mäntler, in Stroppen Herr C. R. Knorr, in Tarnowitz Herr J. Kaiser, in Trachenberg Herr Gustav John im Jägerhof,

in Trebnitz Herr F. L. Schmidt, in Waldenburg Herr Oscar Gadamer, in Warmbrunn Herr J. G. Juncker, in Wartitz Herr W. Strauß, in Wohlau Herr Paul Klapfer,

in Wünschelburg Herr H. Grözebauch, in Ziegenthal Herr F. L. Peißert, in Zobten Herr Joseph Böß, in Bühl D.S. Herr A. Pache,

bereitwillig jede passende Erleichterung bei Versicherungs-Einleitungen gewähren. Breslau, den 17. März 1861.

C. M. Schmoof, General-Agent.

NB. Die mit einem Stern bezeichneten sind der königl. Regierung zur Bestätigung empfohlen.

## Drainage-Angelegenheit.

Das Central-Kollegium der landwirtschaftlichen Vereine hat die unterzeichnete Kommission beauftragt, die Frage der Drainage zu studiren und darüber zu berichten.

Die Kommission erachtet es nun für zweckmäßig, neben dem Studium über die in andern Ländern gemachten Erfahrungen, besonders diejenigen mit zu benutzen, welche bereits in der Provinz gemacht sind, indem diese wesentlich bekunden werden, ob die klimatischen Verhältnisse und die bisherigen Bodenmischnungen eine weitere Verbreitung der Drainage in der Provinz wünschenswerth und nothwendig erscheinen lassen. — Die Kommission erachtet zur Erörterung dieses das lebende Wort und den gegenseitigen Austausch der Meinungen für den zweckmäßigsten Weg, um ein allgemeines Interesse zu erreichen und ein baldiges resultatreiches Ziel für gemeinschaftliche Befreiungen zu gewinnen.

Demgemäß label die unterzeichnete Kommission alle diejenigen Mitglieder der landwirtschaftlichen Vereine, so wie diejenigen, die sich für Landeskultur interessiren, ein, an einer am 20. März d. J. abzuhalten Versammlung in Breslau in der „Golden Gans“. Nach mittags Punkt 3 Uhr, sich zu betheiligen, in welcher die Fragen zur Diskussion gestellt werden sollen:

I. Haben sich zweckmäßig angelegte und gut ausgeführte Drainagen als reichhaltige Meliorationen in der Provinz bewährt?

II. Ist eine systematische Drainirung der Provinz, rücksichtlich der klimatischen Verhältnisse und der Bodenmischnungen ausführbar, wünschenswerth oder wohl gar geboten?

III. Sind zu den betreffenden Anlagen Staatsvorschüsse zu beantragen, oder sind die erforderlichen Mittel durch Privaträthe herbeizuschaffen? [1815]

Eine zahlreiche Beteiligung ist dem Zweck unbedingt förderlich.

Die außerordentliche Kommission des Central-Kollegiums der landwirtschaftlichen Vereine in Schlesien.

v. Neuß. Dr. Stengel. v. Gablenz. Graf Bethyus-Langenhoff. Graf Pinto.

## Das concessionirte Technische Bureau

des Unterzeichneten, Ohlauerstraße 38, in den drei Kränzen, empfiehlt sich zur Anfertigung von Feldmeisterarbeiten, Bauzeichnungen, Kostenabschlägen, Maschinenezeichnungen und Copien, sowie allen Arten Rechnungs- und Revisionsarbeiten. — Auch wird in demselben Unterricht im Plan- und Bauzeichnen und in der Mathematik erarbeitet.

Breslau, den 11. März 1861.

Knoblauch, königl. Feldmesser.

## Strohpapier-Empfehlung.

Gewöhnlich Format à Ballen 2 Thlr. 10 Sgr., größeres Format à Ballen 2 Thlr. 20 Sgr.

empfiehlt die bekannte billige Papierhandlung J. Brück, Nikolaistr. Nr. 5.

200 Sach-sächsische Zwiebel-Kartoffeln, [1803]

ausgelesen und kerngesund, offerirt zur Saat das Dominium Danchwitz, Kreis Strehlen.